

Ver eins = Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

sowie der freien eingeschriebenen Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 4.

Erscheint alle Sonnabende.
Abonnementspreis 1.50 M. pro Quartal
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,
Schmalenbekerstr. 17, Fernspr. Amt 3, 3622.

Hamburg,

Sonnabend, 23. Januar 1909.

Anzeigen kosten die 4 gespaltene Petitzeile
oder deren Raum 40 Pfg. (Der Betrag ist
stets vorher einzulösen.)
Ver einsanzeigen 20 Pfennig die Zeile

23. Jahrg.

Zu den bevorstehenden sozialpolitischen Debatten im Reichstag

Der Reichstag wird kurz nach seinem Zusammentreten erfahrungsgemäß in die Beratung des Etatsmittels „Reichsamt des Innern“ eintreten. Da herbei die Position „Gehalt des Staatssekretärs“ die einzige Möglichkeit bietet, zusammenfassend über alle sozialpolitischen Fragen zu sprechen, so hat sich die Gewohnheit herausgebildet, diese Gelegenheit zum Vorbringen aller Beschwerden aus dem erwerbstätigen Volke zu benutzen. Früher waren die sozialdemokratischen Redner so gut wie allein die Wortführer in diesen Debatten. Heute lassen sich auch die bürgerlichen Parteien, aufgepeitscht durch die sozialistische Kritik und in der Furcht vor dem Verlust ihrer Wähler hören, allzu oft freilich nur, um den sozialistischen Anträgen die Berechtigung oder Durchführbarkeit zu bestreiten. Wo sie aber mit eigenen Anträgen fortschrittlich-sozialpolitischer Natur hervortreten, da handelt es sich fast stets nur um manchmal beinahe wörtliche Wiederholungen der von den Sozialdemokraten schon Jahre vorher gemachten Vorschläge. Die angeblich „stets verneinende“ Sozialdemokratie hat also in Wirklichkeit eine sehr positive, volkshilfende Tätigkeit entfaltet.

Diesmal kommt den sozialpolitischen Reichstagsdebatten eine erhöhte Bedeutung zu. Arbeitslosigkeit und Lebensmittelverknappung haufen fürchterlich in weiten Kreisen des Volkes. Hunderttausende Arbeitsfähige und Arbeitswillige sind wochen- und monatelang ohne Erwerbsmöglichkeit, mit ihren Angehörigen eine millionenköpfige Armee von Darbenden bildend. Selbstredend wird die Not des Volkes in den sozialpolitischen Erörterungen des Reichstages einen breiten Raum einnehmen müssen, zumal obendrein die drohenden neuen Steuern eine abermalige Belastung der besitzlosen Massen bringen sollen.

Die soeben erst an die Reichstagsmitglieder zur Verteilung gelangten Nachweise der Unfallversicherungsinstitute für 1907 sind gleichfalls eine Mahnung an die Volkvertretung, sich nicht weiter von den Beschönigungsversuchen der interessierten Kreise abhalten zu lassen, die gründlich reformierende Hand an unsere Arbeiterchutzgesetzgebung zu legen. Welchen Wert hat eine Schutzgesetzgebung, unter deren Geltung die Verkrüpplung und Tötung der Beschützten einen immer größeren Umfang annimmt? — Reichlich spät sind diesmal die berufsgenossenschaftlichen Nachweise in die Hände der Reichstagsmitglieder gelangt. Im Jahre 1907 bestanden 66 gewerbliche Berufsgenossenschaften, 14 Versicherungsanstalten (Baugewerbe), 48 land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, 205 staatliche und 329 provinciale und kommunale Ausführungsbehörden zwecks Durchführung der Bestimmungen der Unfallversicherungsgesetze. Versichert waren in den gewerblichen Berufsgenossenschaften durchschnittlich 9 018 367, in den land- und forstwirtschaftlichen 11 189 071 Personen; außerdem weisen die genannten Ausführungsbehörden 164 589 versicherte Personen nach. Die separat aufgeführten 14 Versicherungsanstalten der Bauarbeiter berichteten über 164 562 Versicherte.

Für den Sozialpolitiker kann in erster Linie nicht in Betracht kommen die Summe der für die Versicherten aufgewendeten Gelder, sondern er hat zuerst zu fragen nach den Erfolgen der vorerwähnten Maßnahmen der Arbeiterschutzgesetzgebung. Eine noch so hohe Rente kann dem Verkrüppelten nicht die gesunden Glieder, den Hinterbliebenen nicht das verunglückte Familienmitglied ersetzen. So die Frage nach der Bedeutung unserer Sozialgesetzgebung stellend, erhält man eine sehr traurige Antwort. Das werden folgende amtliche Ausweise belegen.

Es sind den zuständigen Instanzen Unfälle bekannt geworden bei den

	1906	1907
Berufsgenossenschaften	417 022	607 199
Ausführungsbehörden	34 655	52 634
Versicherungsanstalten	2 664	3 068
Insgesamt	454 341	662 901

Eine Vermehrung der absoluten Unfallzahl um mehr als 200 000 Fälle in einem Jahre! Die relative Unfallvermehrung ist bedeutend größer, wie die Vermehrung der Versicherten. Auf 1000 Versicherte sind Unfälle überhaupt vorgekommen:

	1906	1907
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	44,76	51,59
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	9,56	12,09

Regelmäßig zeichnen sich gewisse Berufsgruppen

durch eine außerordentlich hohe Unfallziffer aus, z. B. kamen pro 1000 Versicherte an Unfällen vor:

	1906	1907
Brauerei- und Mälzerei-V.-G.	114,42	116,39
Nordöstl. Eisen- und Stahl-V.-G.	88,47	93,69
Schlesische Eisen- und Stahl-V.-G.	72,32	92,13
Rhein-Westfäl. Walzwerk- u. Hütten-V.-G.	173,82	176,27
Knappheits-Berufsgenossenschaft	103,48	126,20
Südwestdeutsche Eisen- u. Stahl-V.-G.	82,78	109,46
Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft	59,19	84,66

Man wird nicht nachweisen können, daß z. B. in den Brauerei- oder in den Fuhrwerksbetrieben die Summe der sogenannten „natürlichen Gefahren“ eine vergleichsweise sehr hohe sei, so wenig man nachweisen kann, daß in der Eisen- und Stahlindustrie die natürliche Gefährdung der Arbeiterknochen eine größere sei als in den Bergwerken. Dennoch geschehen in den Hüttenwerken noch mehr Unfälle als in den Grubenbetrieben und die Berufsgenossenschaften für Brauerei-, Mälzerei- und Fuhrwerksarbeiter kommen mit Unfallziffern heraus, die in gar keinem Verhältnis zu den natürlichen Gefahren stehen. Wenn an sich ungefährlichere Betriebe ständig außerordentlich hohe und zudem noch stark steigende Arbeiterunfälle aufweisen, dann ist damit der Beweis einer mangelnden Schutzgesetzgebung oder die Nichtbeachtung seitens der Verantwortlichen vollausgebracht.

Es sind aber nicht nur die Unfälle überhaupt kolossal gestiegen, sondern auch die schweren und tödlichen, für die eine „Entschädigung“ gezahlt werden mußte, haben sich enorm vermehrt, trotz aller Bemühungen der berufsgenossenschaftlichen „Vertrauensärzte“, deren Aufgabe es zu sein scheint, durch das vielberufene „Rentenquetschen“ den Nachweis eines verbesserten Arbeiterschutzes zu erbringen. Es errieten sich „entschädigungspflichtige“ Unfälle:

1886:	10 540, davon sofort tödliche	2716
1896:	74 467, „ „	6385
1900:	106 447, „ „	8449
1906:	139 726, „ „	9141
1907:	144 703, „ „	9815

Dies grauenvolle Ergebnis der Unfallzählung in Deutschland beweist doch immerhin, wie wenig wir Veranlassung haben, in prahlerischer Selbstüberhebung gegenüber dem Auslande von unserm Arbeiterschutz zu reden. Berücksichtigt man nur die großen Versicherungsabteilungen, so stellt sich heraus, daß auf je 1000 Vollarbeiter (1 Vollarbeiter gleich 300 Arbeitstage gerechnet) schwer oder tödlich verunglückten:

	1900	1907
Gewerbliche Unfallversicherung überhaupt	8,54	9,37
Berufsgenossenschaften	8,58	9,58
Ausführungsbehörden	7,11	6,85

Auch im 20. Jahrhundert, das am lauteften die offiziöse Behauptung hörte, Deutschlands Sozialpolitik sei „unvergleichlich“, ist die Zahl der verletzten und getöteten Arbeiter bei uns in die Höhe gegangen, trotz des „legensreichen“ Wirkens der „Vertrauensärzte“. Die Baugewerksversicherungsanstalten, deren Jahresergebnis in der obigen Tabelle nicht berücksichtigt wurde, paradien mit über 10 entschädigungspflichtigen Unfällen pro 1000 Vollarbeiter.

Wir müssen zu dem Schluß kommen, daß auf dem allerwichtigsten Gebiete unserer Arbeiterschutzgesetzgebung, der Unfallverhütung, wichtiger als die Versicherung gegen Unfallfolgen — die selbstverständlich auch nicht fehlen darf — in Deutschland noch außerordentlich viel zu tun ist, ja daß die bisher unternommenen Versuche zur Eindämmung der Arbeiterverunglückungen sich nicht bewährt haben. Woher sonst die ständige Unfallvermehrung? Hier ist der Hebel anzusetzen, nicht mit der Vermehrung der Rentenquetschen und der vollständigen Entziehung der „kleinen Renten“, eine arbeiterfeindliche Maßnahme, die konservative, wirtschaftliche Vereinigung, der größte Teil desentrums und die „Liberale“ in der Petitionskommission des Reichstages empfohlen haben. Mit Rentenquetschen schafft man keinen besseren Arbeiterschutz. Ohne wurden 1907 von den 602 901 angemeldeten nur 144 703 Unfälle „entschädigt“, d. h. nur gut der fünfte Teil. Wenn wirklich eine Anzahl Renten an Unberechtigte gezahlt werden sollte, einer viel größeren Zahl von Verletzten ist keine „Entschädigung“ bewilligt oder sie ist ihnen schnell entzogen worden, obgleich zweifellos die Betroffenen durch die Verletzung empfindliche Einbuße in ihrer Erwerbsfähigkeit erlitten. — Das Gebiet der Unfallverhütung und Unfallversicherung ist für unsere Arbeiterschaft so eminent wichtig, daß der Reichstag nicht umhin kann, alljährlich gründlich darauf einzugehen. Es wird auch in diesem Jahre geschehen müssen.

Eine Enquete über Bleivergiftung.

III.

Im weiteren Gange der Verhandlungen waren die Erklärungen des Dr. Clauser, des Verwaltungsrates der Lithopone- und chemischen Fabrik in Salfern b. Salzburg, bemerkenswert. Sicherlich ist er ein Interessent an der Verdrängung des Bleiweißes, aber seine Auseinandersetzungen geschahen unter der Kontrolle der Öffentlichkeit und mußten mit der Kritik der andern Interessenten rechnen. Er meinte, daß ein striktes Verbot der Verwendung von Bleiweiß bei Innenanstrichen von außerordentlicher Tragweite wäre. Gegenüber dem vom Experten Meißl geäußerten Wunsche, daß alle Räume, die besonderer Feuchtigkeit ausgesetzt sind, auszunehmen wären, bemerkt der Experte, daß in dem von ihm vertretenen Stahlbleiment wie auch in deutschen Fabriken und speziell bei der Eisenbahndirektion in München wiederholt eingehende und erfolgreiche Versuche gemacht worden seien, auch in solchen Räumlichkeiten statt des Bleiweißes Lithopone oder Zinkweiß zu verwenden. Der Experte führt hierauf die besonderen Eigenschaften des Bleiweißes, welche andern Farbstoffen nicht zukommen, des näheren aus. Es trete nämlich mit der Zeit zwischen dem Bleiweiß und dem Leinöl eine chemische Verbindung ein, es bilde sich die sogenannte Bleisäure, die eine außerordentliche Widerstandsfähigkeit besitze.

Eine mit reinem Leinölfirnis bestrichene Glasplatte, die der atmosphärischen Einwirkung ausgesetzt wird, weise allmählich Risse oder Sprünge im Firnis auf, namentlich aber bei Einwirkung von Regen oder Tau. Als die Ursache dieser Veränderung müsse die intensive Oxidation des Firnisses bezeichnet werden, wobei Oxal-, Essigsäure usw. nachzuweisen sind, lauter hochoxydierbare Produkte, so daß nach einiger Zeit nichts mehr übrig bleibt als die reine Glasplatte. Dasselbe trete ein, wenn man dem Firnis irgendeinen neutralen Körper, z. B. Schwerpat, zusetzt. Im Gegensatz zu Bleiweiß seien Lithopone und Zinkweiß chemisch ganz indifferent und wirken auf den Firnis nicht ein. Um diesen nun auch gegen oxydierende Einflüsse widerstandsfähig zu machen, seien Versuche mit Zusätzen von Metallsäuren, hauptsächlich Tonerdensäure, gemacht worden, die zu einem vollen Erfolge führten. Damit sei der letzte Einwand der Bleiweißkonumenten hinfällig, nämlich die größere Widerstandsfähigkeit des Bleiweißes beim Außenanstriche. Dieses gestatte allerdings, mit Spiritlack versehen, die Herstellung dauerhafter Anstriche, während Zinkweiß sich bei diesem Zusatz verdicke und salzig werde. Letzteres aber behalte seine dünne Konsistenz und lasse einen Firnisanstrich zu. Der Experte erwähnt schließlich noch, daß Zinkweiß und Lithopone einer viel intensiveren Mischung und Abstufung fähig seien als Bleiweiß, das sich mit gewissen Farben — wie Ultramarin u. dgl. — überhaupt nicht mische.

Diese Erklärungen machten starken Eindruck, um so mehr, als auch ein anderer Interessent, der Direktor der Ersten österreichischen Zinkfarbenfabrik, Ignaz Stelzl in Peterswald, erklärte, daß Zinkweiß mit dem Bleiweiß zum mindesten auf gleicher Stufe stehe, da beide bei Innen- und Außenanstrichen dieselbe Haltbarkeit aufweisen. Als Bleiweiß-Interessent trat der Zentraldirektor der Bleiberger Bergwerks-Union in Magenfurt, Witteregger, auf, dessen Ausführungen aber wenig Eindruck machten, da er nur bezweifelte, daß voller Ersatz für Bleifarben geschaffen werden könne, und da er sich gegen ein allgemeines Verbot der Bleiweißverwendung ausdrücklich als Vertreter einer Industrie aussprach, die er erhalten wissen wollte.

Ein Farbenfabrikant meinte, daß seine Industrie ein besonderes Interesse an der Weiterbenutzung des Bleiweißes nicht habe, da bei Erlaß eines Verbotes die Industrie sich auf die Herstellung von Ersatzstoffen, von Zinkweiß usw. werfen werde. Selbst er war der Ueberzeugung, daß eine faktische Ueberlegenheit des Bleiweißes über Zinkweiß nicht behauptet werden könne. Im allgemeinen war aber, den konservativen Anschauungen der Unternehmer entsprechend, die Stimmung der meisten Experten für eine möglichst geringe Beschränkung der Bleiweißverwendung und vor allem für die Zulassung der Bleifarben für Außenanstriche. Aber es kamen auch, abgesehen von den Äußerungen der Arbeitervertreter, Meinungen zutage, die einen vollständigen Ersatz der Blei-

farben durch die Zinkfarben für möglich erklärten. Der Wiener Möbellackierer Lee erklärt, den Arbeitern sei es leider nicht möglich, sich an den chemisch-theoretischen Auseinandersetzungen zu beteiligen, nur von seiner Erfahrung könne Expertise sprechen und diese gehe dahin, daß auch Zinkweiß selbst bei Innenanstrichen nicht abblättere und einen Ersatz für Bleiweiß biete, wenn das Bindemittel bereit sei, daß es die Festigkeit und Dauerhaftigkeit des Anstriches verbürgt. Der technische Fortschritt sei ein so rascher, daß man für die nächste Zukunft auf die Auffindung einer für das Bleiweiß vollen Ersatz bietenden Farbe auch bei Außenanstrichen rechnen dürfe. Um dieses Ziel rascher zu erreichen, möge die Regierung beschließliche Versuche sowie Probeanstriche an Waggonen, Schiffen, Fassaden usw. mit Bleiweiß, Zinkweiß und Lithopone vornehmen lassen.

Der Experte der vereinigten Krankenkassen Behetmaier verweist darauf, daß auch in Wien einige Betriebe schon seit geraumer Zeit ausschließlich Lithopone und Zinkweiß verwenden. Eine ihm bekannte größere Firma in Wien verwende Lithopone schon durch 2 Jahre, und zwar auch für Außenanstriche ohne den geringsten Mangel. In der Bleiweißfrage spielen bei den Anhängern derselben zweifellos eine gewisse Voreingenommenheit die Hauptrolle.

Die interessante Tatsache, daß gerade in Galizien Maler- und Anstreichermeister ohne Bleiweiß auskommen, wird von dem Lemberger Anstreichergehilfen Stengel erörtert. Er erwähnt, daß sämtliche Meister in Lemberg für ihre mit Zinkweiß ausgeführten Arbeiten die Garantie übernehmen, und daß noch kein Fall vorgekommen sei, daß seitens eines Bauherrn oder Bauleiters derlei Arbeiten nicht bezahlt worden wären. Diese Umstände beweisen, daß die Anstriche nicht bloß mit Bleiweiß ausgeführt werden müssen, sondern, daß auch Ersatzmittel verwendet werden können, die billiger und feiner sind und vor allem nicht die Gefahren des Bleiweißes nach sich ziehen. Gegenüber den Ausführungen des Experten Schapira stellt Reuber richtig, daß — wenigstens was die Stadt Lemberg anlangt — kein Meister mit Bleiweiß arbeite, ferner, daß man mit Zinkweiß und Lithopone ganz gute Arbeiten machen könne. Es sei ja kein Meister irgendwie verpflichtet, 6 oder gar 12 Jahre für die Haltbarkeit eines Anstriches gutzustehen, und wenn alle Meister solidarisch erklärten würden, daß sie z. B. nur für 3 Jahre die Garantie der Haltbarkeit übernehmen, so müßte auch diese Forderung genügen; wenn sie aber die Konkurrenz zu weit treiben und sich gegenseitig immer überbieten, so müssen sie länger für die Arbeit bürgen und auch das haltbarere, aber zugleich teurere und gefährlichere Material verwenden. Der Experte glaubt, es sei Aufgabe der Re-

gierung, in der Verordnung auch dieses Moment zu berücksichtigen. Im übrigen schließt er sich der Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Verwendung von Bleiweiß an.

Erwähnt sei, daß der Kommerzienrat Hochapfel, der Vertreter der größten österreichischen Schiffswerft, der Meinung war, daß ein Verbot des Bleiweißes der österreichischen Schiffbauindustrie die ausländischen Aufträge entziehen könnte. Jedenfalls würde dies dafür sprechen, daß neben den nationalen Abmachungen ein internationales Verbot der Verwendung der Bleifarben anzustreben wäre.

Eine große Debatte entwickelte sich über die nachstehenden zwei Fragen:

„Kann nach dem derzeitigen Stande der Frage des Kostschutzes für Eisenkonstruktionen noch immer die Verwendung von Minium zur Grundierung und von Bleiweiß in Anstrichfarben verschiedenster Bezeichnung und mit wechselndem Gehalt als wirksames Kostschuttmittel bezeichnet werden, bezw. welche Ersatzstoffe kommen hierbei in Frage? Ist die Verwendung von minium- und bleiweißhaltigen Kitten und Pasten für Dichtungszwecke unbedingt notwendig oder sind bereits gute Ersatzstoffe in Verwendung?“

Die Unternehmervertreter meinten, daß die Grundierung von Eisen nur eine sich vollständig verhärtende Anstrichfarbe mit sehr wenig Bindemittel, wozu nur Bleimennige verwendet werden kann, in Betracht kommen könne, denn diese helfe, wie der Farbenfabrikant Andes sagte, das Eisen mit einer harten, festen, kittartigen Schicht, die auch bei dauernder Einwirkung von Wasser weder schwammig wird noch sich auflöst oder abblättert. Auf dieser Grundierung haften dann alle anderen Delanstrichfarben, welcher Art immer deren Farbstoffe wären. In ähnlicher Weise, zum Teil noch schärfer, sprachen sich die andern Unternehmervertreter aus. Die österreichische Marineverwaltung scheint mit Ersatzstoffen für Bleifarben auch bei Eisenanstrichen experimentiert zu haben. Der k. k. Schiffbauingenieur Wagner erklärte nämlich in der Enquete, daß im k. u. k. Seearsenale als Kostschuttmittel Minium zur Verwendung gelange. Seit Jahren werden zwar auch Versuche mit Bonafarben und einer englischen Komposition angestellt, die aus mit Lack angeweichtem Eisenoxid besteht; sie hätten sich als Kostschuttmittel gegenüber den Einflüssen des Seewassers und der Seeluft ganz gut bewährt, allein sie weisen die unangenehme Eigenschaft auf, daß sie einen widerlichen Geruch ausströmen und daher für bewohnte Räume nicht verwendet werden könnten. Nachdem nun bei dem heutigen Stande der Schiffstechnik nur Eisenkonstruktionen in Betracht kommen, die gegen die Einflüsse des Meeres geschützt werden müssen, so könne, so lange der Mangelzustand bezüglich der erwähnten Ersatzmittel nicht zu beheben ist,

von Minium als Grundierungsmittel nicht Abstand genommen werden.

Sehr bedeutungsvoll erscheinen die Aussagen des Mediziners Prof. Dr. Sternberg, der sich sehr eingehend mit den Gefahren der Bleifarben beschäftigt hat. Er bemerkt, daß das Minium früher als nicht besonders gefährlich angesehen wurde, welche Ansicht noch Hirsh in seinem Buche über die Krankheiten der Arbeiter vertreten habe, während von Gayet schon vor etwa 25 Jahren auf die bedeutenden Gefahren des Miniums hingewiesen wurde. Auch die Erfahrungen, die der Experte in Wien gesammelt hat, zeigen die ganze Gefährlichkeit der Mennige. Ohne Zweifel sei bei Miniumanstrich mehr Gelegenheit zur Aufnahme in den Körper, weil solche Anstriche vorwiegend von ungelerten Hilfsarbeitern vorgenommen werden. Der Experte betont, er habe in einer wissenschaftlichen Abhandlung auf diese Gefahren hingewiesen und gezeigt, daß die ersten Bleivergiftungen in den Eisenkonstruktionswerkstätten selbst erfolgten, und zwar bei den Schlossern oder auch den ungelerten Hilfsarbeitern, sowie bei Hausknechten, die mit dem Anstreichen beschäftigt werden. Diese Anstriche werden vielfach im Hofe oder in einem Schuppen besorgt, wo für die Arbeiter keine Waschgelegenheiten bereitstehen, wenn auch die sanitären Verhältnisse in dem übrigen Teile solcher Werkstätten sonst ganz günstige sind. Oft wissen die Leute selbst gar nicht, daß sie mit giftigen Substanzen arbeiten. Der Experte hält die Gefahr für um so größer, wenn Leute für vorübergehende Arbeiten aufgenommen werden. Was habe sich in Wien in ganz bedeutendem Maße bei dem feinerzeitigen Bau der neuen städtischen Gaswerke gezeigt, wo zu Anstreicherarbeiten, hauptsächlich aber zum Vernieten und Abdichten der Röhren Tagelöhner herangezogen wurden, die mangels Reinlichkeit in der kürzesten Zeit an Bleivergiftungen erkrankten und zum Teile auch starben. Aus all dem ergebe sich die Notwendigkeit, eine entsprechende Verordnung zu erlassen, die allerdings über das Anstreichergewerbe hinausgreifen müßte, denn es erkrankten manchmal auch Schmiedegehilfen, die solche genehmigten Eisenstücke umzuschmieden haben, oder Schlosser und Monteure, die frische Löcher in solche Eisenstücke hauen müssen. Selbst bei Rutschern und anderen beim Transport von Eisenkonstruktionen beschäftigten Personen finden Bleivergiftungen vor, die man gar nicht verfolgen könne. Der Experte bemerkt schließlich noch, daß selbst viele Ersatzmittel des Miniums, beispielsweise die Bonafarben, auch Mennige enthalten und es sei daher eine Selbsttäuschung, wenn man glaube, daß durch derartige Farben das Minium und die damit verbundene Bleigefahr beseitigt werden könne. Es sollten daher alle Farben, die mit Phantasiennamen in den Handel gebracht werden, auch als bleihaltige deklarieren werden.

Auch gegen die Zementanstriche wandte sich der Schiffbauoberinspektor Wagner, der erwähnt, daß diese

Schundliteratur und ihre Bekämpfung.

Vor kurzem wurde in München ein Mann namens Gantner verhaftet, der auf betrügerische Weise einen wertlosen Roman ins Publikum zu bringen versuchte dadurch, daß er etwa 400 000 handschriftliche Briefe verschickte, die den Empfängern vorpiegelten, sie seien in dem Roman angegriffen worden. Das läppische Nachwerk, von dem bereits einige Hunderttausend gedruckt waren, sollte pro Exemplar 750 A kosten. Es war also ein Millionenbetrug beabsichtigt. Vielleicht wäre er gelungen, wenn der Betrüger es weniger plumpe angefangen hätte. Die Entrüstung war allgemein. Die Presse brachte spaltenlange Artikel. Der ungeschickte Macher des Ganzen wird für seine Niedertracht hängen müssen.

Soweit ist alles in Ordnung.

Aber — andere laufen frei herum, die auf diesem Gebiete noch viel größeres Unheil anrichten. Leute, die strafrechtlich nicht zu fassen sind, weil sie es schlauer anfangen. Leute, denen es gar nicht einfällt, sich in solche Vertriebsnetze zu stürzen wie Gantner, und die denn doch einen Millionenbetrug am Volke verüben. Am Volke. Gantner hätte mehr die wohlhabenden Schichten im Auge. Der Mittellose oder in seinen Mitteln Beschränkte zahlt so leicht keine 750 A auf ein Brett bei solcher Gelegenheit. Aber Hunderttausende gibt es, die lassen sich das selbe und noch mehr grobchenweise aus der Tasche ziehen. Für nichts. Für Schlimmeres als nichts. Für den erbärmlichsten, abernksten Schund, den meist arme, halberbarmte Schreibklaven ausgeheckt, den millionenreiche Verleger unter's Volk geworfen haben. Der Dürerbund hat kürzlich einige Zahlen veröffentlicht. Erschreckende Zahlen! Man denke: im Deutschen Reiche sind es nicht weniger als 8000 Buchhandlungen, die sich ganz oder vorzugsweise mit dem Kolportagevertrieb von Schundromanen oder anderen Ergzeugnissen der sogenannten Dintertreppenliteratur beschäftigen! Im Dienste dieser eblen Achttausend stehen 30 000 (dreißigtausend) Kolporteurs, die um des lieben Brotes willen von Haus zu Haus, von Ort zu Ort ziehen und den Schund an den Mann oder an die Frau bringen. Der Bibliothekar Dr. Ernst Schulze hat ausgerechnet, daß in Deutschland alljährlich fünfzig Millionen Mark für die schandhaften Produkte der Schundromanverleger ausgegeben werden. Und er meint, daß er die Summe eher zu niedrig als zu hoch taxiert habe. Ein einziger jener Geschäftleute, der anher solchen Schundromanen auch „ägyptische“ Traum-, Geister- und Gespensterbücher vertreibt, gibt seinen Jahresumsatz auf 25 Millionen Kolportagehefte an!

Die geistige Brunnenvergiftung engrosch und geistig also in prächtigstem Flor unter den

Augen der Behörden und all jener, die sich sonst so gern als Vorkämpfer des Volkes betrachten. Mäucher von ihnen mag in dieser systematischen Schundverbreitung vielleicht sogar etwas leben, das dem „Staatswohl“ förderlich ist. Aber wer auch ernstlich dagegen anwollte, ist gebunden; denn es gibt keine gesetzlichen Bestimmungen, die den Seelenmord bestrafen. „Glücklicherweise“ muß man, wie die Dinge heute liegen, sagen. Denn im andern Falle könnten wir Anwendungen der betreffenden Bestimmungen erleben, daß uns die Haare zu Berge stehen würden.

Also: wir ruhen nicht nach Staatsanwalt und Polizei. Wir predigen den Schundverlegern auch keine Ethik. Der Kapitalismus kümmert sich nie und nirgends um das Heil der Seele. Für ihn ist der Profit maßgebend. Und nur der Profit. Wir appellieren an den gesunden Menschenverstand unserer Parteigenossen und Genossinnen. Wir sagen ihnen: achtet auf das schlechende Gift, das man schon euren Kindern in die Seelen zu träufeln versucht. Betrachtet die Unterhaltungsliteratur nicht als etwas Nebenwichtiges, bei dem es „nicht so genau darauf ankommt“. Es kommt sehr genau, es kommt viel darauf an, was man liest, ob es nun zur Belehrung, ob es zur Unterhaltung geschieht. Die Schundliteratur veruntraut den Boden, auf dem eine klare, gesunde und feste Weltanschauung erwachsen soll. Sie nährt die schlechten Instinkte auf Kosten der besseren. Sie verdirbt das Gemüt und brängt die Charakteranlagen häufig in eine ganz falsche Richtung. In jedem Fall wirkt sie nachteilig auf den guten Geschmack. Wer die Phantasie stets mit schlechten Bildern belebt, wird unfähig, das Gute zu genießen; denn alles, was schlecht ist, stumpft die Sinne ab. Von da bis zur Verdummung und Verblöbung ist nur ein Schritt. Und wir brauchen nicht zu sagen, wem diese Indifferenz und mangelnde Urteilskraft zugute kommt.

Man hat der deutschen Arbeiterbewegung zuweilen ihren „Materialismus“ vorgeworfen. Aber nie noch hat sie diesen Materialismus so verstanden, daß darüber die rein geistigen Interessen vernachlässigt werden dürften. Die Sozialdemokratie wäre keine Kulturpartei, dächte sie gering von der Pflege des geistigen Lebens, von der Gesundheit des Gemüts und seiner Nahrung.

In Wahrheit gibt es keine Partei, die so wie die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften von sich sagen kann: wir arbeiten jeder Verblöbung entgegen. Also auch der Konsumtion schlechter Unterhaltungsliteratur. Die wenigen bürgerlichen Idealisten, die mit anerkennenswerthem Eifer in derselben Richtung tätig sind, klagen vielfach darüber, daß sie an das „eigentliche Volk“ so schwer heran könnten; es fehlen ihnen die vermittelnden Organe, besonders die Kolporteurs. Die Sozialdemokratie braucht, soweit ihre eigenen Angehörigen in

Frage kommen, in ideeller Hinsicht keine Vermittlung. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Presse der Partei und der freien Gewerkschaften selbst diese Aufgabe besorgt; daß sie auch hier nachholt, was Schule und Staat am Volke versäumt haben und versäumen. Ja, die vielgeschmähte „negative“ Politik der Arbeiterpartei weist sich wie in so vielen Dingen auch in dieser Hinsicht als höchst positiv und erfolgreich aus. Wir erinnern nur an die Tätigkeit des Bildungsausschusses, an die Weihnachtsausstellungen guter Bücher, die von Jahr zu Jahr an Zahl und Ausdehnung zunehmen und allmählich Wegweiser für Tausende geworden sind.

Als spezielle Waffe gegen die Schundliteratur, die in gelben, grünen und roten Heften von Haus zu Haus vertrieben wird, hat sich die Partei ein Organ geschaffen, das den Feinden auf ihrem eigenen Felde entgegentritt und mit steigendem Erfolge dabei ist. Die Unholde zu verdrängen und die Wohnungen der Arbeiter und Arbeiterinnen von dem giftigen Unrat zu reinigen, der aus den trüben Quellen der Schundromanverleger fließt und andauernd Stadt und Land überschwemmt. Im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin, erscheint seit nunmehr zwölf Jahren die Romanbibliothek für das arbeitende Volk: „In freien Stunden“, von der Partei zu dem ausgesprochenen Zwecke begründet, der Schundliteratur das Wasser abzugraben. Sie tut es, indem sie den Arbeitern und Arbeiterinnen für weniger Geld mehr und besseres bietet, als irgend ein Schundromanverleger. Sie vermittelt ihren Lesern gute und fesselnde Lektüre aus den Literaturen aller Länder. Der leitende Roman wird stets von Künstlerhand illustriert. „In freien Stunden“ pflegt sowohl das ernste wie humoristische Genre und ist bemüht, den Lesern stete Abwechslung zu bieten. Das wöchentlich erscheinende, 24 Seiten starke Heft enthält neben den lausenden größeren Erzählungen kleinere Aufsätze und Notizen aus allen Wissensgebieten, sowie Anekdoten und Scherze. Der eben beginnende 13. Jahrgang von „In freien Stunden“ bringt zunächst „Penilworth“, einen der besten und spannendsten Romane Walter Scotts, der die heimliche Ehe des Grafen Geilster behandelt. An zweiter Stelle steht die ergreifende Erzählung einer russischen Frau: „Die Nummer 14“ von S. A. Samojowa, eine zu Herzen gehende Schilderung aus der russischen Revolution.

Niemand also ist gezwungen, zu den blöden Produkten der Schundromanverleger zu greifen. Im ureigensten Interesse jedes Arbeiters, jeder Arbeiterin liegt es, ihr Unterhaltungsbedürfnis dort zu befriedigen, wo ihnen das Gute für ein geringes Entgelt geboten wird. Und so sei denn jeder einzelne auch auf diesem Gebiete ein Kämpfer und ein Förderer des Kulturfortschritts — zum eigenen Vorteil und zum Segen der deutschen Arbeiterbewegung!

Bementanstriche für Trinkwasserkränze, deren Eisenkonstruktion gegen Rost geschützt werden muß, in der österreichisch-ungarischen Kriegsmarine an Stelle des Aluminiums zur Vermeidung der Vergiftung des Wassers verwendet werden, doch habe man mit den Bementanstrichen im allgemeinen ungünstige Erfahrungen gemacht.

Die Beratungen wandten sich nun einer Hauptgruppe zu, in der über Arbeitskleider, Wasch- und Badegelegenheiten verhandelt wurde. Zuerst stand zur Debatte die nachstehende Frage: Empfiehlt sich die Beistellung besonderer Arbeitskleider, bestehend aus Hose, Bluse und Mütze, durch die Unternehmer für alle mit Bleifarben in Berührung kommende Arbeitspersonen und in welchen Zeitintervallen hätte eine Reinigung derselben zu erfolgen? Der Prager Professor der Hygiene, Dr. Gnepp, erinnert daran, daß er schon bei früheren Gelegenheiten stets die Notwendigkeit betont habe, den Arbeitern durch eine entsprechende Kleidung soweit als nur irgend möglich Schutz zu gewähren. Das Arbeiten in den Straßenkleidern sei absolut unzulässig, denn diese würden auch bei der größten Vorsicht während der Arbeit beschmutzt. Die belgische Verordnung sei vom Standpunkte der Hygiene durchaus einwandfrei, hinsichtlich ihrer Durchführbarkeit jedoch dürften sich namentlich in kleineren Betrieben Schwierigkeiten ergeben. Das Tragen alter Straßenkleider als Arbeitsanzüge hält Nebner wegen der Durchlässigkeit des Gewebes nicht für zweckentsprechend. Sein Wiener Kollege, Prof. Schattenfroh, hielt es dagegen für ziemlich gleichgültig, ob eine eigentliche Arbeitskleidung oder ein alter Straßenanzug verwendet werde, vorausgesetzt, daß dieser leicht gereinigt werden kann, während der Prof. Sternberg für besondere Arbeitskleider und für die Papiermühle als Kopfschutz eintrat. Die Unternehmer wehrten sich natürlich vielfach gegen die Verpflichtung, die Arbeitskleider zu liefern, was den Vorsitzenden zu der Feststellung veranlaßte, daß die Auslagen für einen Arbeitsanzug mit wöchentlichem Reinigen alles in allem auf 2 Heller (17 Pfg. pro Tag) sich stellen würden.

Eine lebhafte Debatte entwickelte sich über die Reinigungsmethoden der Kleider. Prof. Sternberg betonte, daß die Reinigung auf maschinellem Wege erfolgen müsse, weil sonst für die mit der Reinigung beschäftigten Personen eine besondere Gefahr der Weibergiftung leicht entstehen könnte. Prof. Schattenfroh hält die Wirkung des Einbeizens durch sechs Stunden dann nicht für ausreichend, wenn kalte Lauge verwendet werde, ziemlich hohe Temperatur und Laugekonzentration sei gewiß notwendig. Interessant waren die Mitteilungen des Lemberger Anstreichergehilfen Stengel; er teilte mit, daß derzeit in Lemberg fast gar nicht besondere Arbeitskleider getragen werden. Wenn die Arbeiter von der Arbeitsstätte nach Hause wollen, so werden sie von der Straßenbahn oft nicht mitgenommen, weil ihre Kleider ganz beschmutzt sind, sie müssen daher oft stundenlang zu Fuß gehen. Diese Zeit könnte aber erspart werden, wenn die Arbeiter besondere Kleider hätten.

Ueber die weiteren wichtigen gesundheitlichen Fragen, die in der Enquete berührt wurden, werden wir noch berichten.

Stimmen zur Generalversammlung.

Reichstarif — Arbeitslosenunterstützung.

Diese beiden Fragen bilden unstreitig den Brennpunkt der Interessen auf unserer diesjährigen Generalversammlung. Nach den vielfachen Verhörungen im Vereinsanzeiger scheint es ja, als ob bei den Kollegen ein gut Teil Sympathie für beide Fragen vorhanden sei. Das ist soweit auch ganz schön, nur fragt es sich, wie sie sich, wenn sie einmal in Wirksamkeit treten, ausnehmen werden. Es ist nun nicht meine Absicht, wenn ich zu diesen Fragen Stellung nehme, gegen den Strom zu schwimmen, doch möchte ich den Kollegen zurufen: „Nur keine Ueberstürzung, so eilig haben wir es noch nicht damit.“ Zwei Fragen von so eminent wichtiger und einschneidender Bedeutung sollen wohl vorherzudenken und nach allen Seiten auf ihre Licht- und Schattenseiten geprüft werden, bevor man sie ins Leben ruft. Nur zum Reichstarif.

Die Entwicklung der Dinge innerhalb unseres Bundes ließen es voraussehen, daß wir bald vor eine derartige Alternative gestellt würden. Vorkäufig haben wir ja schon davon in Rheinland-Westfalen und in Süddeutschland eine Probe in Gestalt des Normaltarifs. Alle Kollegen, die an den letzten Kämpfen teilgenommen haben, werden wohl mehr oder minder das Wirken des Arbeitgeberverbandes gespürt haben. Nun ist es ja selbstverständlich, daß man den dadurch bedingten veränderten Verhältnissen Rechnung tragen muß, doch erweckt es fast den Anschein, als ob unsere Kollegen manchenmal allzuviel Respekt vor dem Arbeitgeberverband an den Tag legen. Nur allzu oft hört man die Aeußerung: „Der Arbeitgeberverband gibt es nicht zu“ und ihnen wird dann etwas vortrotzt, woran keiner Freude hat. Dieses darf beim eventuellen Abschluß eines Reichstarifs aber unter keinen Umständen eintreten, wenn wir nicht große Unzufriedenheit in unsern eigenen Reihen erregen wollen. Ein Reichstarif darf für uns nur ein Mittel sein, um unsere wirtschaftliche Lage zu heben, zu einer Fessel darf er uns niemals werden. Dies mag zwar selbstverständlich klingen, doch wird es wohl auch nicht so leicht sein, im Kampfe auf der ganzen Linie unsern Arbeitgeberverband in die Zugelassen abzurufen. Die Herren sind doch sicher nur Tariffreunde geworden, der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe. Am liebsten möchten sie uns bei dieser Gelegenheit auf möglichst lange Zeit ihre Bedingungen diktieren. Die durch die Krise hervorgerufene kolossale Arbeitslosigkeit kommt unsern großen und

kleinen Scharfmachern natürlich sehr zugute. Doch wie es nun auch sei, kommt es dann zum Abschluß, dann nur nicht allzu zaghaft vorgehen. Die Bäume des Arbeitgeberverbandes wachsen so leicht nicht in den Himmel, auch hier sieht noch vieles faul aus. Die letzten Aussparungen haben es doch bewiesen. Wenn wir durch einmütiges, geschlossenes Auftreten den heiligen Profit in Gefahr bringen, fällt gar mancher „starke“ Mann um und macht nicht mit. Für uns ist die Situation doch auch bedeutend günstiger geworden in den letzten Jahren. Ueberall im Norden und Süden, Osten und Westen haben wir festen Fuß gefaßt, Aufklärung verbreitet und neue Kämpfer gewonnen. Und blicken wir über die Grenzen, so sehen wir auch, wie dort sich unsere Arbeitsbrüder zusammenschließen. Immer kleiner wird die Zahl derjenigen, die sich als willenloses Werkzeug gegen ihre Klassenangelegenheiten gebrauchen lassen. Immer schwieriger wird es deshalb auch unsern Arbeitgeber, diese „nützlichen“ Elemente aufzulockern. Gewiß gibt es noch genug davon, aber wir sind vordem mit den Streikbrechern fertig geworden und haben bei unsern Bohrkämpfen schöne Erfolge errungen, trotzdem wir sie in größerer Anzahl hatten, so daß wir sie jetzt auch nicht mehr gar so sehr zu fürchten haben. Also der Reichstarif soll uns willkommen sein, aber nur dann, wenn er uns der Stärke unserer Organisation entsprechende Vorteile bringt.

Nun zur Arbeitslosenunterstützung. Sicherlich eine schwerwiegende Frage. Aber woher nehmen und nicht stehlen? Das Geld nämlich dazu. Die verschiedentlich aufgestellten Berechnungen ließen erkennen, daß über diese Frage noch eine große Unklarheit herrscht über das Wie und Wann, und daß hinterher die besten Berechnungen ein großes Loch aufweisen. Der bei der Abstimmung durchgefallene Vorschlag unseres Hauptvorstandes ließ durchblicken, daß sich unsere Kollegen im Hauptvorstand auch nicht so recht an das Problem heranwagten. Ich schreibe ich mich hier ganz F. D. in Regensburg an. Jedenfalls halte ich es entschieden für richtiger, wenn wir damit warten, bis erst die Frage des Reichstarifs erledigt ist. Keiner kann schon jetzt wissen, wie wir dabei abzuweichen werden. Den Arbeitgebern ist doch der Kamm mächtig geschwollen. Wer weiß, ob uns nicht die Zukunft noch schwere Kämpfe bringt und da kann es uns gar leicht passieren, daß uns unsere Arbeitslosenversicherung wie ein Bleiklotz am Bein hängt und unsre Aktionskraft lähmt, indem sie unsre Klasse allzusehr in Anspruch nimmt.

Auf keinen Fall möchte ich einer obligatorischen Versicherung zustimmen, sondern nur einer freiwilligen. Wir haben doch jetzt noch eine große Anzahl Kollegen, die schwer für eine Beitragserhöhung zu haben sind. Stehen diese nun als die ältesten Arbeiter in den Werkstätten und haben ziemlich regelmäßig ihre Arbeit, so sehen sie keinen Vorteil dabei und machen nicht mehr mit. Es ist ja, wenn man es bedenkt, ein trauriges Armutzeugnis für den kapitalistischen Klassenstaat, daß die schlechtentlohnten Arbeiterklasse sich selbst gegen die durch die veränderte kapitalistische Produktionsweise hervorgerufene, regelmäßig wiederkehrende Arbeitslosigkeit versichern muß. Vielleicht gelingt es uns einmal, nach Jahren die Kosten der Arbeitslosenversicherung auf Staat und Gesellschaft abwälzen mit Hilfe starker Gewerkschaften und unsrer Arbeiterpartei. Für uns ist es gewiß ein anerkanntes Wertes Bestreben, wenn versucht wird, durch Selbstversicherung gegen diese Geißel der Lohnarbeiterschaft vorzugehen. Dennoch steht zu befürchten, daß die Gewerkschaften, wenn sie wirklich die Arbeitslosenversicherung so ausbauen, daß sie zu einem wirklich brauchbaren Hilfsmittel wird, infolge der hohen Kosten, die dadurch entstehen, allzusehr bei den wirtschaftlichen Kämpfen, die immer wiederkehren, beeinträchtigt werden. Es ist nun einmal eine feststehende Tatsache, daß unsre Organisationen Klassenkampfgebilde sind. Unsre Hauptaufgabe ist der Kampf um günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen und unser Unterstützungsweisen nur Mittel zum Zweck. Wohl können wir damit die ärgsten Anschläge des Klassenstaates etwas paralysieren, aber sie nie damit ausmerzen. Täuschen wir uns nicht, Kollegen, niemals wird es uns gelingen, durch Versicherungen, mögen sie noch so gut gemeint sein, das Massenelend der entrechteten Proletarier zu bannen! Sie werden uns ebensowenig davor bewahren wie die Wohlthaten der Bourgeoisie oder die völlig ungenügende staatliche Sozialgesetzgebung. Das kann nur geschehen, indem wir uns alles dasjenige erkämpfen, was uns heute von Staat und Gesellschaft vorenthalten wird, trotzdem wir beide ernähren und erhalten müssen durch unsre Hände Arbeit.

Unser nächstes Ziel muß es sein, uns bis auf den letzten Mann zu organisieren, unsern Verband nach innen und außen zu festigen und dann dem Unternehmertum höhere Löhne abzurufen, daß wir auch höhere Beiträge zahlen können. Dann mag der Boden vorbereitet sein für eine Arbeitslosenversicherung, den jetzigen Zeitpunkt halte ich entschieden für verfrüht.

Zwitsan.

E. Böttcher.

Arbeitslosenunterstützung.

Zur kommenden Generalversammlung möchte auch ich zum Punkt Arbeitslosenunterstützung einige Worte über deren Bedeutung verlieren.

In den letzten Nummern unsres Organs gab es der Ansichten für und wider mehrere, aber der tiefere Sinn über dieselbe wird übersprungen. Daß die Kollegen den letzten Vorschlag des Hauptvorstandes, Arbeitslosenunterstützung betr., in der Abstimmung ablehnten, ist heute noch unverzeihlich. Wäre dieser zur Annahme gelangt, so hätten wir eine Grundlage, auf deren Basis weitergebaut wir heute vielleicht etwas Brauchbares hätten und der auf der kommenden Generalversammlung weitere Verbesserungen erfahren dürfte.

Dies scheint unser Hauptvorstand sich zunutze zu machen und die Arbeitslosenunterstützung nur so im Vorbeigehen streifen zu wollen; denn in der Tagesordnung ist diese Frage nicht als besonderer Punkt aufgeführt.

Kollegen! Mit diesem Verfahren können wir uns nicht einverstanden erklären. Daß die andern Punkte, besonders Reichstarif, von großer Bedeutung sind, habe ich begrifflich und als selbstverständlich; aber dieser Punkt, woran die ganze Kollegenchaft mindestens ebenso interessiert ist, ist gleich den andern zu einer Kardinalfrage zu stampeln und als Punkt für sich zu behandeln. Hier gehört unsern Delegierten von ihren Kollegen aus Dera

gelegt, daß sie sich mit entsprechendem Material versehen und es der Generalversammlung unterbreiten. Eine solche hochwichtige Sache läßt sich nicht länger auf die lange Bank schieben, hier will man einmal etwas Positives sehen.

Was arbeitslos sein bedeutet, weiß der ansässige verheiratete Kollege am besten, der ledige weniger; der reist ab, bezieht seine Reiseunterstützung und Zuzugsgeld und entgeht so dem Vergnügen, während die verheirateten Kollegen, die in jedem Ort den Stamm bilden, nichts bekommen. Diesen gehört gleich den ledigen Kollegen das Rückgrat, und zwar in Form einer Arbeitslosenunterstützung, gestärkt. Mancher Kollege würde da nicht tarifbrüchig, indem er aus Not der bekannten Willkür des Unternehmertums im Winter preisgegeben, gezwungen wird, oft unter dem festgesetzten Mindestlohn zu arbeiten. Wenn man die kolossalen Gelder betrachtet, die speziell im Winter für Krankenunterstützung von der Hauptkassse verausgabt werden, kommt man zu der Ansicht, daß hier ein großer Prozentsatz nichts anderes als Arbeitslosenunterstützung ist. Wenn ein Kollege zu diesem Mittel greift und sich bei eintretender Arbeitslosigkeit krank melde, ist er meistens dazu gezwungen; denn bei der immer teurer werdenden Lebenslage kann von einem Zurücklegen eines Notfennigs keine Rede sein. Schmalhans ist doch das ganze Jahr bereits Küchenmeister; bis einer seine Schulden vom vorigen Winter bezahlt hat, steht der Winter wieder vor der Tür. Die Arbeit ist wieder alle, Geld hat er keine, Aussicht auf irgend etwas anderes besteht nicht; um nicht zu tief in die Tinte zu geraten, meldet er sich krank und bezieht so die Arbeitslosenunterstützung in Form einer Krankenunterstützung. Mit einem Wort: der ledige Kollege hat seine Reiseunterstützung, und dem verheirateten gehört die Arbeitslosenunterstützung nicht immer in Aussicht gestellt, sondern zur Tatsache gemacht.

Wird sie einmal Tatsache, so wäre der großen Fluktuation in jedem Jahre enorm Einhalt geboten; denn ein jeder in der Agitation tätige Kollege weiß aus Erfahrung, wie viel Mühe und Arbeit es kostet, einen solchen Kollegen zu bekommen, der schon einmal und öfters organisiert war und infolge langer Arbeitslosigkeit mit seinen Beiträgen rückständig wurde und gestrichen werden mußte. Mit diesem gewaltigen Agitationsmaterial versehen, wird unserm Verband auch der letzte organisationsfähige Kollege zugeführt werden können. Eine höchst kuriose Neuuerung erlaubte sich ein Kollege im B.-A. Nr. 1, unterzeichnet Kolst-Köcklin, der da glaubt, die Fluktuation im Verband könne durch eine erhöhte Sterbenunterstützung eingedämmt werden. Er hält die Arbeitslosenunterstützung für vorläufig unburchführbar. Durch solche Neuierungen fühlt man sich verpflichtet, zu sagen, der hat im Winter seine Arbeit, deshalb ist ihm die Erhöhung der Sterbenunterstützung wichtiger.

Bei der Lösung dieser Frage darf nicht einseitig vorgegangen werden, denn nicht überall ist man in der glücklichen Lage, im Winter ein anderes Gewerbe betreiben zu können, wie in manchen Gegenden. Dem Lösungswort: Einer für alle, alle für einen, muß bei Verhandlung dieser Frage Rechnung getragen werden.

Man wird mir wohl entgegenhalten, das ist ja alles schön und gut, aber wie die Gelder dazu austreiben? Ja, Kollegen, daß hier kolossale Gelder notwendig sind, das zu übersehen fällt mir nicht ein und ist meines Erachtens schon im Vereins-Anzeiger zur Genüge erörtert worden. Daß eine Unterstützung in der Höhe, wie sie bei den Buchdruckern u. a. eingeführt, ausgeschlossen ist, wird jedem klar sein. Diese haben es auch nicht auf einmal so bekommen. Deshalb fange man bei uns auch so im Kleinen an und nehme event. als Grundlage den vom Hauptvorstand zuletzt ausgegebenen Vorschlag. Daß auf eine solche Institution eine Beitragserhöhung folgt, ist klar, und jeder, ein klein wenig denkende Kollege weigert sich da nicht, diese zu leisten, wenn ihm eine derartige Gegenleistung gegenübersteht.

Unser Verband muß in stabilere Bahnen gebracht werden, um der Fluktuation Einhalt zu gebieten. Dies kann nur durch die Arbeitslosenunterstützung geschehen.

Zum Schluß bin ich der Meinung, daß, wenn von dieser Generalversammlung nichts Positives zustande kommen sollte, der Hauptvorstand zu beauftragen ist, die Frage so zu regeln, daß bis zur Generalversammlung 1911 etwas bestimmtes Annehmbares vorliegt. Weiter bin ich dann der Ansicht, daß dann im Voraus zur Grundlegung eines Fonds der Beitrag in den Sommerwochen um 20 s pro Woche erhöht wird; um dann wenigstens bis 1911 etwas Brauchbares erwarten zu können. Dann wäre wenigstens diese Salamlität auch aus dem Wege geschafft.

Stuttgart.

W. G.

Jedes soziale Experiment erfährt mehr oder weniger eine hartnäckige Bekämpfung, weil im Menschen das Bestreben steckt, das Alte zu erhalten, ein jeder trägt eben ein Stück Konservatismus in sich. Auch in der Gewerkschaftsbewegung kann man dieses bei jeder Gelegenheit beobachten, so bei Einführung der Reiseunterstützung, des Krankengeldzuschusses und der Sterbegelder, bei jeder Beitragserhöhung usw. trat dieses in die Erscheinung. Deshalb war es voranzutreten, daß auch wo es sich um die eventuelle Einführung des Generaltarifs handelt, Stimmen laut würden, die von einer solchen Neuuerung nicht erbaut sind. Natürlich kann man den Kollegen deshalb keinen Vorwurf machen, vor allen Dingen ist es zu verstehen, wenn Hamburger Kollegen diesen Standpunkt einnehmen; mußte doch der Hamburger Lohnstarif — den wohl jeder durch einen besseren ersetzen möchte — im Interesse der Allgemeinheit um ein Jahr verlängert werden. Diejenigen Kollegen jedoch, die aus meinen früheren Ausführungen entnommen haben, daß ich die Gegner des Generaltarifs beleidigen wollte, haben meine Ausführungen falsch verstanden. Ich war noch stets der Ansicht und betenne es gerne offen, daß auch diese Kollegen das Beste der Organisation wollen, daß sie sich auch von edlen Absichten leiten lassen, möchte jedoch an einige dieser Kollegen die beschriebene Bitte richten. Ebenso von denjenigen zu denken, die nicht Ihre Ansicht teilen. Würde dies geschehen, würde die Diskussion unbedingte eine fruchtbarere sein, würden speziell hier in Hamburg unsere Versammlungen nach jeder Richtung hin ein besseres Aussehen bekommen. So lange jedoch eine vernünftige Diskussion unmöglich ist, gibt es auch keine Verständigung. Wenn die Kollegen Deutschlands sich noch

den Beschlüssen der Hamburger Kollegen richten — wie in unserer letzten Versammlung ein Redner meinte — dürften sie oftmals einen Fehler begehen. Gewiß halte ich es für notwendig, daß Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind, da ich recht gut weiß, daß es eine natürliche Gleichheit nicht geben kann; jedoch begreife ich nicht, weshalb man sich feindselig gegenüberstellen soll, wenn man verschiedener Ansicht ist; ebenso wenig begreife ich, wozu es notwendig ist, daß sich eine Kamarilla bildet, die den Kampf verstreut führt. Ebenso halte ich die Demokratie, die viele Redner anzuwenden liebten, für vollständig überflüssig. Auch werden mir viele Kollegen darin Recht geben, daß die Redner, die einigen Kollegen anhaftet, nicht dazu beitragen, gütig auf den Versammlungsbefehl einzuliegen. Braucht jemand zu reden, wenn er mit dem Vorredner die Meinung teilt und daselbe, was er gerne sagen möchte, bereits gesagt ist? Man distanziert sich nur, wenn man die Ausführungen eines Redners für unrichtig hält oder wenn noch nicht alles gesagt ist, was gesagt werden muß. Versuchen wir so, wird es anders und besser werden, dann wird das traurige Bild, das unsere letzten Versammlungen zeigten, schwinden. Viele, und nicht die schlechtesten Kollegen, die man in der letzten Zeit nicht mehr sah, würden sich wieder in unseren Versammlungen einfinden.

Bei Einführung einer jeden Neuerung steht man mehr oder weniger vor einem Rätsel, niemand kann vorher bis ins kleinste Detail voraussagen, wie es kommen wird, weil sich eben auf Grund der Erfahrungen, die man in der Vergangenheit und Gegenwart sammelt, Schlüsse für die Zukunft ziehen lassen. Inzwischen sind es jedoch nur Vermutungen, die man aussprechen kann, eine Garantie dafür, daß diese unter allen Umständen richtig sind, kann niemand übernehmen. Jedoch auf Grund der von mir gesammelten Erfahrungen bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Generaltarif zu einer Stärkung der Organisation beitragen wird, und deshalb sehe ich nicht ein, weshalb wir uns von vornherein festlegen sollten, wie ein Teil der Hamburger Kollegen es will. Allerdings soll man nicht wie die Molte ins Licht flattern, sondern jede Sache prüfen; erscheint sie dann nicht von vornherein als verfehlt, kann man gerne einmal einen praktischen Versuch wagen. Wir haben weiter nichts wie das soziale Experiment, um unsere Ideen praktisch zu erproben und uns gleichzeitig weiter zu bilden. Was der eine rein theoretisch behauptet, bestreitet der andre, deshalb kommt es immer auf das Experiment an und dieses wird nach meiner Meinung den Beweis bringen, daß wir auch unter einem Generaltarif vorwärts kommen, vielleicht schneller und besser wie bisher. Es gibt eben Kollegen, die dem Revisionismus — dem angeborenen Haß gegen jede Neuerung — zu weiten Spielraum lassen, hauptsächlich hier in Hamburg. So ist auch der erste Satz meines Artikels in Nr. 50 d. S. vorigen Jahrganges zu verstehen und nach meinen jetzigen Ausführungen dürfte es wohl jeder Kollege einsehen, daß gar keine Veranlassung vorliegt, sich über diesen Satz zu entrüsten.

Speziell scheint ich es dem Kollegen Holtz, Köstlin, angetan zu haben; er hat sich deshalb auf's Glattste begeben und ist ausgerückt. So geht es jedem, der sich einen einzelnen Satz einprägt, und dann darauf los schreibt. Bei einem nochmaligen aufmerksamen Durchlesen meines Artikels wird auch der Kollege Holtz finden, daß ich nirgends ein bedingungsloses Handinhandgehen mit den Arbeitgebern predige, daß ich auch nicht die freie Willensäußerung der Mitglieder unterbinden will. Der Generaltarif kann uns auch nicht für ewige Zeiten Ruhe schaffen, da hat der Kollege Holtz nichts entdeckt, das wir auch schon in meinen Ausführungen enthalten. Wir wollen nicht stillstehen, sondern vorwärts arbeiten. Weil jeder soziale Fortschritt, der eine Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu unsern Gunsten bedingt, auf den hartnäckigen Widerstand untrer Unternehmer stößt, werden wir Klassenkämpfe führen müssen, so lange es Klassenunterschiede gibt. Natürlich ist auch das Unterstützungswesen, wie alles, der Verringerung unterworfen; daß jedoch die Arbeitslosenunterstützung sich innerhalb untrer Gewerkschaft so ausbauen läßt, daß die arbeitslosen Kollegen einigermaßen über Wasser zu halten sind, ist, wo 75 % unterstützt werden müssen, nicht gut denkbar. Nichtsdestoweniger dürfen wir, um Klärung zu schaffen, auch gerne einmal das Experiment machen, natürlich muß der Beitrag ein minimaler und die Unterstützung eine dementsprechende sein. Vor allen Dingen würden wir dann eine Uebersicht und eine zuverlässige Statistik erhalten. Nach diesen Ausführungen wird wohl auch der Kollege Holtz einsehen, daß wir uns mehr homogen als heterogen gegenüberstellen, wir müssen uns nur verstehen.

Ottensen.

B. S. Hussfeldt.

Kapitalistische Betrachtungen und Wünsche.

Es hat eine Zeit gegeben, in der der Kapitalismus mit dem Ungefitm eines jungen Riesen ins Leben hineinwuchs und alle Schranken rücksichtslos wiederbrechen wollte. Heute aber liegt er, wie ein gesättigtes Raubtier, auf seiner Beute und predigt den Stillstand, das vorsichtige Abwarten, die Ruhe um jeden Preis. Knurrend wendet er sich gegen jeden Störfried, der ihn am Verdauen seiner Beute hindern will. Besonders das aus dem sozialen Empfinden der Gegenwart hervorgehende Bestreben, auch die Arbeiter etwas mehr als bisher an den Erzeugnissen der modernen Produktionsweise teilnehmen zu lassen, empfindet er als eine Beeinträchtigung seines Raubtierbasens. Deshalb wendet er sich nicht nur gegen die Emanzipationsbestrebungen des organisierten Proletariats, sondern auch gegen die staatsseitig in Szene gesetzte Sozialpolitik, deren „Automobiltempo“ ihm ein Grauel ist, obgleich man viel richtiger von einer Schneckenhaften Langsamkeit sprechen könnte.

Auf diesen Ton waren die Weihnachtbetrachtungen der kapitalistischen Presse gestimmt. Ausgehend von der Annahme der Regierung, daß die anscheinend eingefrorene sozialpolitische Maschine wieder in Gang gebracht werden solle, erhebt das Scharfmacherium seine warnende Stimme und mahnt zur Vorsicht. So schreibt die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ in ihrer Weihnachtsummer: „Es ist der Fehler fast sämtlicher praktischen und theoretischen Sozialologen der Neuzeit, daß sie bei ihnen gelegentlichen Projekten die Notwendigkeit richtiger Abschätzung des Ent-

wicklungszeitmaßes der Menschheit außer acht gelassen haben. Den Utopisten vom Schlege Owens und Fouriers schien es eine durchaus leichte und nötige Sache, schon in der nächsten oder wenigstens übernächsten Generation durch eine Verringerung der äußeren Umstände den inneren Menschen von Grund aus gegen einen neuen Adam zu vertauschen. Marx und seine Nachfolger waren etwas vorsichtiger; aber auch sie bemäßen den Zeitraum der äußeren und inneren Umgestaltung, der zur Herbeiführung des sozialen Staates nötig war, höchstens nach Jahrzehnten. Nicht ohne Einfluß auf diese Unterschätzung der zu soziologischen Umwandlungen nötigen Zeitspannen ist natürlich das Eiltempo des Fortschrittes gewesen, den die technische Entwicklung in den letzten hundert Jahren zu verzeichnen hatte. In naheliegender, aber recht irreführender Analogie schloß man, daß, wenn die Ueberwindung der äußeren Natur in so kurzer Zeit möglich geworden sei, auch einige Rederstücke genügen würden, um der inneren Natur des Menschen diejenigen Eigenschaften einzupflanzen, die unentbehrlich waren, falls man die aus theoretischen Gesichtspunkten zurecht gezimmerte Sozialreform ohne Schaden in die Praxis hinüberpflanzen wollte. Hier nun hat man sich einer schwereren Ueber-eilung schuldig gemacht, deren gefährvolle Konsequenzen sich nicht nur in wirtschaftlicher, sondern mehr noch in sittlicher Beziehung geltend zu machen beginnen. Den plötzlichen Uebergang von Armut zum Reichtum, von Unsicherheit zur Sicherheit, vom Zustand freier Selbstbestimmung zum Verhältnis der Abhängigkeit vertritt der einzelne gemeinhin nur, wenn sein Charakter einen besonderen Grad von Festigkeit besitzt. Ein Volk, ein Stand, eine Klasse dürfen solchen unvermittelten Ueber-gängen niemals ausgesetzt werden, wenn sie nicht ihren inneren Halt verlieren und in den Fehler übermäßiger Ausbeutung der neuengewährten Gaben verfallen sollen. Man hat in England die überlange Arbeitszeit in den Fabriken herabgesetzt, aber man hat sich dazu ein halbes Jahrhundert Zeit gelassen, wie man doch überhaupt mit einer Vorsicht zu Werke gegangen ist, die in den sozial-wirtschaftlichen Zuständen des britischen Reiches nicht eben ungünstige Folgen gezeitigt hat, sofern wenigstens die politischen Traditionen der englischen Bevölkerung in Betracht gezogen werden. Ein deutscher Nationalökonom, Gustav Cohn, hat die Forderung aufgestellt, daß alle Gesetze, welche etwa die Lebenshaltung der Arbeiter verbessern wollen, „mit der äußersten Schonung durchgeführt werden sollen, um nicht in Hinblick auf ein künstlich zu erreichendes Ideal die Gegenwart bis zur Unverträglichkeit zu verächtlich-machen.“ An anderer Stelle sagt derselbe Gelehrte, daß die wahrhaftige Arbeiterfreundlichkeit nicht in der Höhe der Ansprüche an das geschliche Eingreifen besteht, sondern in einer Gesinnung, welche die wirklich durchführbaren Fortschritte mit schonender Hand und mit geduldiger Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse herbeiführen will.“ Diese Mahnungen scheinen in Deutschland so gut wie unbeachtet geblieben zu sein. Oder läßt sich behaupten, daß man in Deutschland auch nur eine Spur von soziologischen Zeitmaß bewiesen hat? Auch nur eine Spur von Erkenntnis der Tatsachen, daß man aus ökonomischen und ethischen Gründen tiefgreifende soziale Reformen nur dann auf ein Volk aufzupflanzen kann, wenn man ihm Zeit läßt, sich durch Generationen an die neuen Lebensbedingungen zu gewöhnen? Das deutsche Volk ist seit dem Jahre 1883, also noch nicht innerhalb eines Menschenalters, in eine völlig neue Sozialverfassung hineingedrängt worden.“

Diese Ausführungen sind typisch für die unlogische Denkwiese eines kapitalistischen Rechenmenschen. Ausgehend von der an und für sich richtigen Ansicht, daß eine Umformung des inneren Menschen eine ziemliche Zeit in Anspruch nehmen wird und der Umänderung der wirtschaftlichen Zustände nur langsam folgt, gibt der Schreiber sich den Anschein, als ob eine plötzliche und bedeutende wirtschaftliche Hebung der unteren Volksschichten eingetreten sei. Er spricht von einem „plötzlichen Ueber-gang von Armut zum Reichtum, von Unsicherheit zur Sicherheit“, gerade als ob das Proletariat sich bereits im Zustande des Reichtums und der Sicherheit befände. Die augenblicklich wühlende Wirtschaftskrise beweist das direkte Gegenteil und wenn der deutsche Kaiser noch volle Redefreiheit besäße, so dürften wir füglich erwarten, daß er sein Wort von der guten, auskömmlichen und gesicherten Existenz des deutschen Arbeiters bis ins hohe Alter hinein“ wollen Aufzuges zurücknehmen werde. Aber das ist ja gerade die Methode der kapitalistischen Schaumbläser: Zuerst schwindeln sie ihren dummen Lesern vor, daß die Arbeiter bis an die Ohren im Fett säßen und dann jammern sie darüber, daß das sittliche Niveau der Arbeiter sich nicht entsprechend gehoben habe.

Oder ist es nicht der reinste Schwindel, wenn der Tintentuli des Scharfmacherorgans schreibt: „Es würde an Mann mangeln, die Maßregeln alle aufzuzählen, durch die Jahr für Jahr das Werk der sozialen Reform im Automobiltempo fortgeführt worden ist. Mit krankhafter nervöser Hast will man Not und Unglück aus der Welt bannen. Die nächste Generation soll nichts mehr zu tun haben, und darum feuert die bürokratische Mitrailleurse alljährlich einen Hagel neuer sozialpolitischer Gesetze und Verordnungen in das Volk, durch die gewiß manche Schädlichkeit vernichtet, aber auch der Charakter des Volkes in seinen Grundlagen erschüttert und, wie wir fürchten müssen, in höchst nachteiliger Weise umgewandelt wird.“ Trotzdem jeder Mensch weiß, daß die Sozialpolitik seit einem Jahrzehnt fast völlig stockt, erzählt der verlogene Mensch seinen Lesern von dem Automobiltempo, der Mitrailleurse und dem Hagel sozialpolitischer Gesetze. Höher kann die Unverschämtheit und Verlogenheit wohl nicht getrieben werden.

Als die natürliche Folge dieser angeblich sozialen Fürsorge — „es wird bald in Deutschland keinen Menschen mehr geben, der nicht von Autos wegen gegen alle möglichen Zufälligkeiten versichert ist“ — malt der Artikel-schreiber die Unfreiheit und Unselbständigkeit des einzelnen Menschen als Schreckgespenst an die Wand: „Wir sind auf dem besten Wege, aus einem Volk freier Männer zu einem Bettlervolk zu werden (gräßlich!), denn weite Preise des Volkes werden durch die moderne Sozialpolitik zu der Annahme verführt, daß der einzelne für sich selbst

zu sorgen kaum noch eine bindende Verpflichtung habe, daß er sich vielmehr auf den Schutz von seinen der Gesamtheit verlassen könne, deren soziale Pflicht ja darin bestehe, daß für jeden Menschen ohne Rücksicht auf seine persönlichen Qualitäten georgt werden müsse. So wiegt man einen nicht unbeträchtlichen Teil der Bevölkerung in eine falsche Sicherheit ein. Der Menten hunger grassiert, die Pension gilt als das höchste Mannesideal, zärtlich und vertrauensvoll schmiegt sich der moderne Mensch an Staat und Gesellschaft an; nicht wahr, ihr Helft mir doch, wenn es mir schlecht geht? Fast jeder dritte Berufsmensch wird nächstens ohnehin schon Beamter sein.“

Unsere Kollegen wissen, ohne daß wir es ihnen zu sagen brauchen, wie unwahr diese Behauptungen sind. Aber die innere Unwahrscheinlichkeit gehört einmal zum Handwerkszeug eines kapitalistischen Goldschreibers, da er wider besseres Wissen eine schlechte Sache vertritt. Wir wollen deshalb auch nicht zu streng mit ihm ins Gericht gehen. Zurückweisen aber wollen wir seine durchaus irreführende Darstellung der Sachlage im Gebiete der Sozialpolitik, weil er auf Grund seiner falschen Darstellung zu dem Resultat gelangt, daß die sozialpolitische Maschine völlig stillstehen und einrostet müsse.

Der Stillstand der Sozialreform, das ist der Weihnachtswunsch des Ausbeuteriums, den es ausgerechnet in einer Zeit zum Ausdruck bringt, in der von den Ketzeln die Menschenliebe gepredigt wird und in der Hunderttausende von Proletariern mit Weib und Kind die größte Not leiden. Wenn irgend etwas die Unchristlichkeit und Kulturfeindlichkeit des Kapitalismus beweist, so ist es die Tatsache, daß dieselben Leute, die Millionen und abermals Millionen in ihre Tasche stecken, dem ehrlichen Arbeiter auch die kleinste Verbesserung seiner Lebenslage mißgönnen und zu vereiteln suchen. Zweifelhaft dürfte es nur sein, ob die Hartherzigkeit der Scharfmacher ehrlicher ist oder die Heuchelei, mit der sie diese Hartherzigkeit bemänteln. Sie stellen sich an, als ob sie um das stitliche Wohl der Arbeiterklasse besorgt seien, während sie in Wirklichkeit nur eine Sorge kennen — nämlich die Sorge für ihren Geldsack und die Angst, man könne ihre Raubtierfreiheit beschränken.

Ergebnisse der Krankenversicherung im Jahre 1907.

Die Betreibung einer zeitgemäßen, großartigen Krankenversicherungspolitik ist so gut wie ausgeschlossen, da die Gesetzgeber seinerzeit dem organischen Aufbau der Krankenkassen zu wenig Aufmerksamkeit schenkten und namentlich vergaßen, für eine Zentralisation der Krankenkassen Sorge zu tragen. Dadurch war es möglich, daß sich das Gebiet der Krankenversicherung in einer Weise zersplitterte, die es zur Unmöglichkeit macht, die Leistungen der Versicherung wirklich auszunutzen.

Einen Beweis für das Fehlen jedes inneren Zusammenhangs und für die ungeheure Kräftezersplitterung in der Krankenversicherung liefern jeweils die Rechnungsergebnisse, die vom Kaiserlich Statistischen Amt veröffentlicht werden. Am sichtbarsten ist hier immer das Fehlen einer Zentralinstanz, die das reichhaltige statistische Material der Krankenkassen verarbeitet und nutzbar macht. Jetzt können die Fortschritte und Leistungen der Krankenkassen nur aus einigen nackten Ziffern entnommen werden, die in keiner Weise befriedigen, da sie über die innere Organisation der Kassen gar keine Auskunft geben und auch in rechtlicher Hinsicht schwere Mängel aufweisen.

Aus den soeben erschienenen Ergebnissen des Jahres 1907 ist zu entnehmen, daß die Zahl der Krankenkassen eine Steigerung von 23 214 am Schlusse des Jahres 1906 auf 23 232 im Jahre 1907 erfuhr. Die Steigerung kommt auf die Ortskassen, Innungs- und Betriebskrankenkassen; die Zahl der eingeschriebenen Hilfskassen, landesrechtlichen Hilfskassen, Baukrankenkassen und Gemeindeversicherungskassen hat sich vermindert, letztere um nicht weniger als 76. Es scheint, daß die Gemeinden doch mehr und mehr ihre Zeit verstehen lernen und die überlebte Gemeindeversicherung zugunsten von leistungsfähigeren Kassen aufgeben. Die Vermehrung der Betriebskrankenkassen um 91 ist in erster Linie auf die systematische Hebe der Unternehmerpresse zurückzuführen, die gegen die Ortskrankenkasse in ganz unbedeutender Weise betrieblen wird.

Die Zahl der Kassen und ihr Mitgliederstand im Durchschnitt des Jahres 1907 beträgt:

Gemeindekrankenversicherung	8280	mit 1 564 756	Verf.
Ortskrankenkassen	4757	6 194 108	„
Betriebskrankenkassen	7914	3 186 221	„
Baukrankenkassen	41	19 697	„
Innungskrankenkassen	761	264 604	„
Eingeschriebene Hilfskassen	1318	903 560	„
Landesrechtliche	151	36 020	„

Wie ersichtlich, zählen die Ortskassen die meisten Mitglieder, auch der Mitgliederzuwachs gegen das Vorjahr ist bei diesen am stärksten. Daneben weisen nur die Betriebskrankenkassen eine bemerkenswerte Mitgliederzunahme auf, die Innungskassen und landesrechtlichen Hilfskassen hatten im Berichtsjahr so ziemlich dieselbe Mitgliederzahl, während die Baukrankenkassen 3000 Mitglieder verloren haben. Die Gesamtzahl der versicherten Personen betrug 12 188 966 gegen 11 689 888 im Jahre 1906.

Ueber den Gesundheitszustand der Versicherten orientieren die Zahlen über die Erkrankungsfälle und Krankheitstage. Gegen das Vorjahr ist hierin eine erhebliche Verschlechterung eingetreten, die bei allen Kassen mehr oder weniger zum Ausdruck kommt.

Bezeichnend ist, daß die Krankheitsfälle und Krankheitstage die größte Steigerung bei den Betriebskrankenkassen erfahren haben. Die angebliche Mißwirtschaft im den Ortskassen soll ja u. a. auch in der Verschlechterung des Simulantentums bestehen. Vielleicht lernen die Urheber solcher Märchen aus dieser Statistik, daß nicht die „sozialdemokratisch verordneten“ Ortskrankenkassen, sondern die natürlichen Verhältnisse auf die Krankheitszahlen und damit auf die Unterstützungssummen wirken.

Die absolute und relative Zahl von Krankheitstagen und Krankheitsfällen bei sämtlichen Kassen in den letzten fünf Jahren ist folgende:

	Frankheitsfälle		Frankheitstage	
	absolut	auf ein Mitglied	absolut	auf ein Mitglied
1903	3 782 620	0,37	71 726 598	7,02
1904	4 229 177	0,39	83 259 967	7,77
1905	4 451 448	0,40	88 082 296	7,88
1906	4 423 756	0,38	87 444 605	7,48
1907	4 956 388	0,41	97 148 780	8,00

Von den letzten fünf Jahren weist das Berichtsjahr die höchsten Krankheitszahlen auf. Die Ursachen dieser Steigerung genau zu erforschen, wäre eine der vielen Aufgaben der fehlenden Zentralinstanz in der Krankenversicherung.

Die ordentlichen Einnahmen sämtlicher Klassen (aus Zinsen, Eintrittsgeldern, Beiträgen, Zuschüssen, Ersparleistungen, sonstigen Einnahmen) betragen 319 592 187 M gegen 293 305 160 M im Jahre 1906. Die darunter befindlichen Einnahmen aus Beiträgen bezifferten sich auf 300 379 186 M (Vorjahr: 276 664 612 M). Die ordentlichen Ausgaben (Krankheitskosten, Ersparleistungen, zurückbezahlte Beiträge, Verwaltungsausgaben) beliefen sich auf 299 094 756 M (Vorjahr: 264 236 035 M). Die Entwicklung der Unterstützungsleistungen wird durch folgende Zahlen illustriert. An Krankheitskosten kamen im Jahre 1906: 241 793 604 M zur Verbuchung, die sich auf 273 837 506 M im Berichtsjahre erhöhten. Auf je ein Mitglied entfallen Krankheitskosten bei

	1903	1904	1905	1906	1907
Gemeindekrankenversch.	9,64	10,99	11,49	11,28	12,19
Ortsklassen	17,27	19,92	20,51	20,57	22,48
Betriebsklassen	22,99	25,55	26,59	26,30	28,51
Bauklassen	29,76	29,15	31,97	24,35	27,81
Zunngungsklassen	16,93	19,44	20,97	20,16	21,62
Eingeschr. Hilfsklassen	18,32	18,72	19,63	19,05	20,66
Landesrechtl.	15,98	17,12	17,74	16,95	17,97
alle Klassen zusammen	17,69	19,97	20,76	20,68	22,56

Wir müssen es uns leider versagen, die Leistungen der Klassen untereinander zu vergleichen; bemerkenswert ist, daß die Ortsklassen in bezug auf Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung, auf Fürsorge für Retonaleszenten usw. den anderen Klassenarten zum Teil weit über sind.

Von allen Klassen zusammen wurden verausgabt für ärztliche Behandlung 63 925 782 M (Vorjahr: 57 293 080), für Arznei und sonstige Heilmittel 49 157 749 M (36021712), für Krankengelder 121 416 115 M (104 050 833), für Schwangere und Wöchnerinnen 5 493 301 M (5 061 736), für Sterbegelder 7 122 348 M (6 521 058), für Unfallkostenverpflügung 36 167 635 M (32 670 074), für Retonaleszentenfürsorge 204 576 M (175 111). Von letzterer Summe entfallen allein 153 718 M auf die Ortsklassen, für Schwangere und Wöchnerinnen verausgabten sie rund 9,7 Millionen Mark. Bei einem Vergleich der Krankheitskosten mit den Vorjahren fällt besonders die eminente Steigerung der Ausgaben für Arznei und Heilmittel auf, sowie die für ärztliche Behandlung. Im Jahre 1903 betrug die Mitgliederzahl 10 224 297, auf ein Mitglied kamen 0,37 Erkrankungsfälle und 7,02 Krankheitstage, die Ausgaben für ärztliche Behandlung betragen 40 765 699 M. Die für Arznei 23,9 Millionen Mark. Im Berichtsjahre bezifferte sich die Mitgliederzahl auf 12 138 966, das bedeutet eine Steigerung von rund 19 Prozent, die Erkrankungsfälle stiegen auf 0,41 und die Krankheitstage auf 8,00 pro Mitglied. Die Ausgaben für Arznei usw. betragen 49,1 Millionen Mark, die für ärztliche Behandlung 63,3 Millionen Mark. Die Arztkosten haben sich also um 53,3 Prozent, die Arzneikosten um 70,6 Prozent gesteigert. Bei solchen Steigerungen ist es kein Wunder, wenn einschichtige Krankenkassen dem konzeptionierten Apothekenwesen den Krieg erklären und bestrebt sind, die Heilmittel so weit als möglich in eigene Regie zu übernehmen und wenn sie die Forderungen der Herren Ärzte auf Wohnhöbungen nicht ohne weiteres bewilligen wollen.

Das Vermögen sämtlicher Klassen betrug am Ende des Berichtsjahres 244,9 Millionen Mark (1906: 230,2 Mill.), wovon 2,8 Millionen auf die Gemeindeversicherung, 112,8 Millionen auf die Ortsklassen, 109,7 Millionen auf die Betriebsklassen, 0,2 Millionen auf die Bauklassen, 4,6 Millionen auf die Zunngungsklassen, 13,9 Millionen auf die eingeschriebenen und 1,7 Millionen auf die landesrechtlichen Hilfsklassen entfallen.

Ein allgemeiner Blick auf die Zahlensummen bringt voll die Erkenntnis, daß ganz andere Resultate in bezug auf Erfolge und Fortschritte in der Krankenversicherung möglich wären, wenn die Bestrebungen zur Reform dieser Versicherung einen günstigen Ausgang fänden. Die Zentralisation der Krankenversicherung; gemeinsame Ortsklassen für die Städte; Bezirksklassen für die Gemeinden unter Aufhebung aller übrigen Krankenkassenformen; die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Selbstverwaltungsrechtes der Ortsklassen unter Beibehaltung der es beschränkenden Bestimmungen; intensiver Ausbau der Fürsorge für die Versicherten und ihre Angehörigen, auch in bezug auf die Prognostik, das sind Ziele, deren Erreichung möglichst bald gelingen möge.

Lobnbewegung.

1. Bezirk.

Cottbus. Dummehr ist es auch hier für die gesamte Kollegenchaft unseres Berufes erreicht worden, gezeigte Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Im vergangenen Jahre haben mit dem Arbeitgeberverband im Malerberufe (Ortsgruppe Cottbus) zwei Verhandlungen im Anwesenheit unseres Bezirksleiters, Kollegen Jakobelt - Berlin, stattgefunden. Der Erfolg war, daß auf Grund des Normaltarifs ein Tarif für die Filiale Cottbus abgeschlossen wurde mit folgenden Bedingungen: Tarifdauer: 1 Jahr, gültig ab 1. Januar 1909; Arbeitszeit: Täglich 10 Stunden im Sommer, im Winter nach dem jeweiligen Tageslicht. Der Mindestlohn für Gehilfen über 20 Jahre beträgt 43 M pro Stunde; der Mindestlohn für Junggehilfen unter 20 Jahren und Anstreicher beträgt 38 M pro Stunde, nach den weiteren Bedingungen, betreffs den Zuschläge für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Früh- und Spätarbeit, Tarifüberwachung usw., als Folge der Normaltarif vor schreibt. Die Arbeitgeber haben somit auch hier mit der Zeit gelernt, daß Tarifverträge notwendig sind im

Handwerkerberufe, um Ordnung zu schaffen, zumal bei der so großen Konkurrenz, wie sie hier vorhanden ist, was ja deutlich zum Vorschein kam bei Vergabe der Submissionsarbeiten im letzten Jahre. Somit hat auch Cottbus, als die größte Stadt der gesamten Niederlausitz, sich endlich das geschaffen, was unsere umliegenden Städte längst hatten. Betreffs der Lohnhöhe stehen wir freilich im Vergleich zu unseren nächsten Nachbarstädten, z. B. Forst i. L., zurück; dies kommt daher, weil die Cottbuser Maler und Anstreicher nicht genug fortschrittlich sind bzw. ihre Klassenlage als Bauhandwerker nicht zeitig genug erkannt haben, um bei guter Konjunktur dieses zu benutzen. Jetzt heißt es, das Verfallene nachholen. Die Grundlage ist geschaffen, darauf muß in Zukunft weitergebaut werden. Der abgeschlossene Tarif ist nur ein vorläufiger Waffenstillstand. Mühen wir im voraus insofern, daß die anständigen Kollegen mehr als bisher agitatorisch tätig sind, um die noch fernstehenden Kollegen heranzuholen. Erst dann sind wir in der Lage, bei den abermaligen Verhandlungen im nächsten Jahre unsere Forderungen mit allem Nachdruck durchzuführen.

Cottbus. Die Konjunktur war 1908 im Frühjahr und Sommer keine besonders gute; im Herbst wurde es besser, dann wurde mit allem Hochdruck gearbeitet, das Vorhandene zu bewältigen, momentan herrschte jedoch eine Arbeitslosigkeit von mindestens 80 Proz. Zugereist sind im Laufe des Jahres 33 fremde Mitglieder, die meistens aus Schlesien und zum Teil aus Sachsen kamen, sie haben jedoch bis auf zwei alle Cottbus wieder den Rücken gelehrt. Filial-Kassenbestand war Anfang des Jahres 1908 nicht vorhanden, daher hatte es sich notwendig gemacht, den Sommerbeitrag um 5 M zu erhöhen. Unsere eintretenden in der Arbeiterbewegung geschulten Kollegen sahen es ja für selbstverständlich an, daß es sein mußte und die Gegner der damaligen Erhöhung haben heute allen Grund, der Filialverwaltung dankbar zu sein, daß heute ein kleiner Fonds vorhanden ist. Der Versammlungsbesuch muß unbedingt besser werden; die Kollegen sollten sich daran gewöhnen, die alle vierzehn Tage stattfindende Versammlung zu besuchen. Der Vorsitzende wird sein Möglichstes tun, die Kollegen anzuregen, sich an allem zu beteiligen, sei es an gewerkschaftlichen oder politischem Gebiete. Die Zahlstelle Spremberg i. L. ist uns im verflochtenen Sommer verloren gegangen, da sich kein geeigneter Kollege fand, der die Leitung in die Hände nahm. Es hatten sich etliche Meisterjöhne eingeschmuggelt, worauf ein Klimbin-Verein geschaffen wurde. Nun, auch diesen wachsen keine Wäme in den Himmel hinein und wenn sie abgewirtschaftet haben, werden sie sich ganz von selbst wirtschaftlich organisieren, wie es die Verhältnisse dringend gebieten. Kollegen! Es ist noch ein bedeutendes Stück Arbeit zu leisten; keinen darf es daher verdrücken, wenn auch der Boden noch so steinig ist, mitzuarbeiten am weiteren Ausbau unserer Gewerkschaft. Zwei Drittel der anständigen Kollegen stehen zum Verband, ein Drittel steht noch fern; diese heranzuholen, muß unsere schönste Aufgabe sein. Zeigt den Indifferenten, was geschaffen worden ist auch für sie, damit sie nicht das mühselos Genußen, was andere mit schweren Opfern in jahrelanger Arbeit erkämpft haben. B.

3. Bezirk.

Ueber die Firma Mächler - Düsseldorf, die in Kiel auf der Kaiserlichen Werft Anstreicherarbeiten ausführt, ist wegen Nichtinhaltens des Lohn tarifs die Sperre verhängt.

Für das Malergewerbe zu Deynhaujen, einschließlich der Orte Mellbergen, Niederhegen, Gillinghausen und Nehme, wurde nach den Bestimmungen des Normaltarifs ein Vertrag abgeschlossen, der am 1. Januar 1909 in Kraft trat und bis 31. Dezember 1909 Gültigkeit hat. Die Arbeitszeit dauert in der Zeit vom 1. April bis 30. September täglich 10 Stunden und zwar, einschließlich einer je halbtägigen Frühstücks- und Vesper- und einstündiger Mittagspause von morgens 7 Uhr bis abends 7 Uhr. Der Stundenlohn beträgt bei Ausführung von Maler-, Anstreicher-, Glaser- und Lackiererarbeiten 45 M, für Gehilfen unter 20 Jahren 40 M. Der Ausschlag für Überstunden beträgt 10 M, für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit 25 M pro Stunde.

Aus unserem Berufe.

* Ein fatales Ergebnis war für die Darmstädter Maler- und Weißbindermeister die vorjährige Ausperrung. Wie dem „Volkstribun“ aus Handwerkerkreisen jetzt berichtet worden ist, wurden unter den Handwerksmeistern schon frühzeitig Beratungen gepflogen, was zu tun sei, damit man sich bei eingehenden Aufträgen nicht gegenseitig die Preise vererbe. So kann nach der Meinung der Ausstellungsverarbeiten die Vereinigung der Maler-, Lackierer- und Weißbindermeister zu dem Entschluß, jede Konkurrenz dadurch auszuschalten, daß man gemeinsam die Ausstellungsarbeiten übernahm. Die Preise konnten dementsprechend auch gut angelegt werden. 24 Meister verpflichteten sich vertraglich, daran teilzunehmen und bei einem eventuellen Streit oder einer Ausperrung selbst zu arbeiten, eine Vorfrist, die ihnen geboten schien, weil der seitberige Tarif mit den Gehilfen dem Ablauf nahe war. Wie bekannt, sperrten nun die Meister unsere Kollegen 5 Wochen lang aus, so daß jene Vertragsklausel praktische Bedeutung erlangte. Für die Ausstellung war dies freilich ein bedeutender Schaden, da die Ausstellungsarbeiten durch die Ausperrung sehr zurückblieben. Die ausperrungswilligen Meister begannen nach vollzogener Ausperrung mit ihren weniger nichtorganisierten Gehilfen selbst zu arbeiten. Aber mit welchem finanziellen Erfolge? Das finanzielle Resultat, das jetzt erst bekannt wird, daß je der nebe n der Arbeit, die er leistete, noch 50 M zahlen muß, um das Defizit zu decken, welches nicht weniger wie 1200 M beträgt. Doch nun die Preise für die Malerarbeiten recht hoch angelegt waren, ergibt sich daraus, daß den Meistern ihre eigene Arbeit und die der Arbeitswilligen sehr teuer zu stehen kommt. Denn statt des erwartlichen Gewinns, dem ihnen die Arbeit der organisierten Gehilfen zweifellos einbringen hätte, müssen sie jetzt ein erhebliches Defizit tragen, welches sie den lieben Arbeitswilligen zu danken haben. Bekanntlich war die hauptsächlichste Bedingung der Meister die Forderung einer Mindestlohn. Diese Forderung erhält durch obiges Resultat eine recht merkwürdige Beleuchtung und enthalten wir uns jeder weiteren Bemerkung. Die Sache spricht für sich.

* Der große „Frehnapf“ eines Malermeisters. Der Malergehülfe B. arbeitete seit dem 20. Oktober vorigen Jahres bei dem Malermeister Lehe in Alfels a. L. für einen Stundenlohn von 35 M. Für Stoff und Logis wurden 11 M pro Woche in Abzug gebracht. Es blieben bei achtstündiger Arbeitszeit 5,40 M pro Woche. In der letzten Zeit wurden nur noch 7 bezug. 6 1/2 Stunden gearbeitet, es blieben dann noch 2,40 M pro Woche. Es sollen auch sonst noch dabei und anbei ein paar Stunden in Abzug gebracht worden sein. Das Logis soll aus einer primitiven Dachkammer bestanden haben, das Bett mußte der Gehülfe mit noch einem in den letzten Wochen hinzugekommenen Kollegen teilen. In Anbetracht des Winters und der schlechten Arbeitsgelegenheit wurden alle die „Annehmlichkeiten“ ruhig hingenommen, bis Ansicht auf eine anderweitige Beschäftigung vorhanden war. Daran schrieb der betreffende Gehülfe an Herrn Malermeister Lehe in Alfels folgende Karte von Hannover:

Gehrter Herr Lehe!
Teile Ihnen mit, daß ich hier selbst andre Beschäftigung in Aussicht habe und bitte Sie daher, mir meine Papiere nebst Abzugsattest zu senden.
Hochachtungsvoll
H. B.

Auf diese Karte schrieb nun Herr Lehe an den Gehülfen folgenden Brief:

„Anbei sende Ihnen Papiere, trotzdem Sie es nicht wert sind. Sie waren wert, daß Sie sich diese selber von der Krankenkasse, der Ortspolizei usw. selber holten, denn ich brauche doch nicht für Sie die Sachen zusammen zu holen, dazu war ich nicht verpflichtet. Wie gesagt, haben Sie es zu gut bei mir gehabt, und werden sich noch wundern, wenn der große Frehnapf für Sie Männer in Hannover fehlt. Die biden Wurfbrot und für vier Mann Essen fallen aber für Sie aus, Sie sind fort. Mit dem größten Dank sind Sie Mann hier fortgemacht, trotzdem ich Sie noch 1 1/2 Stunden „zu viel“ (!) Lohn bezahlt habe.“

Der Mann schreibt mir, daß Sie nach dem Arbeitsnachweis gehen wollen und jeden Gehülfe zurückhalten wollen, der zu mir wollte.

Ich habe bereits die Polizei-Direktion in Kenntnis gesetzt, daß Sie durch meine Gehülfe schädigen wollen und Sie sollen sehen, wie die Polizei bald mit seinen jungen Burischen, wie Sie es sind, spielt.

Höre ich noch das Geringste von Ihnen, so werde ich ganz energisch gegen Sie vorgehen. Also hüten Sie sich und mißbrauchen Sie meine Güte nicht.“

Es muß nun zunächst konstatiert werden, daß trotz des „großen Frehnapfes“ des Herrn Lehe in Alfels und der „biden Wurfbrot“ das Körpergewicht des betreffenden ausgehungen und „ausgehungen“ Gehülfe nicht zugenommen hat. Es mag wohl für Herrn Lehe unangenehm sein, auf einen so billigen und willigen Gehülfe verzichten zu müssen, denn der gezahlte Lohn ist trotz des in Alfels noch üblichen niedrigen Lohnes als äußerst gering zu bezeichnen. Wer die Liebe des Herrn Lehe zur Polizei kennt, wird es sehr gut verstehen, wenn der Gehülfe des „lieben Friedens willen“ auf die angegebene Art von dem „großen Frehnapf“ und dem „biden Wurfbrot“ loszukommen suchte. Wie leicht hätte ein so „ausgehungenes“ Mannchen, der an eine solche 4-Männertost nicht gewöhnt ist, an Ueberernährung erkranken können - denn die „Güte“ des Herrn Lehe ist in Berufskreisen in Alfels und um Alfels herum nur zu bekannt und mancher Kollege dürfte wieder an vergangenes erinnert werden.

* Aachen. Es dürfte für unsere Kollegen von Interesse sein, zu erfahren, welche Antwort uns auf die Eingabe an die Stadtverwaltung (vom 1. Nov.) zuteil wurde. In genannter Eingabe stellten wir den Antrag, daß die Stadtverwaltung bei Vergabe von städtischen Arbeiten nur solche Bewerber berücksichtigen möge, die hier ausschließlich und tariflich festgelegten Arbeitsbedingungen einwilligen. Desgleichen möge die Stadtverwaltung bei Ausführung von städtischen Arbeiten die Verwendung von Meisterarbeiten untersagen. Hierauf wurde uns am 12. Januar folgende Antwort übermittelt:

„Bei Vergabe von städtischen Arbeiten muß in erster Linie das Interesse der Stadt im Auge behalten werden. Soweit bei solchen Arbeiten hier anständige Gewerbetreibende in Betracht kommen, sind diese bisher grundsätzlich bevorzugt worden. Meine Ermittlungen auf Ihren Antrag, bei Vergabe von Maler- und Anstreicherarbeiten nur Bewerber zu berücksichtigen, die die Arbeitsbedingungen des Tarifverbandes anerkennen, haben mir noch nicht volle Klarheit darüber gebracht, daß durch die Berücksichtigung dieses Antrages die Interessen der Stadt nicht geschädigt werden. Ich kann Ihnen daher eine Angabe auf diesen Antrag zur Zeit nicht machen, werde die Angelegenheit aber im Auge behalten.“

Bei der Prüfung Ihres weiteren Antrages, die Verwendung von Meisterarbeiten bei städtischen Arbeiten überhaupt zu untersagen, ist mir von technischer Seite ein Gutachten dahingehend abgegeben worden, daß ein holländischer Erfab für Bleiweiß nicht vorhanden sei und deswegen auf dessen Verwendung nicht ganz verzichtet werden könne; bisher sei nur eine bleiweißfreie Spachtelmasse vorhanden. Bei der Vergabe von Arbeiten, bei denen solche Farbe verwendet werden kann, werde ich künftig ihre Verwendung vorschreiben. Auch bin ich bereit, künftig im den Bedingungen für die Vergabe von Anstreicherarbeiten auf die für das Maler- usw. Gewerbe erlassenen Vorschriften des Bundesrates vom 27. Juni 1905 hinzuwirken.

Dieser magere Bescheid wird natürlich unsere Kollegen nicht entnervigen, sie vielmehr um so eifriger anstreben, das zu erstrebende Ziel zu erreichen. Wünschenswert wäre es, den „technischen Berater“ und sein „Gutachten“ etwas näher kennen zu lernen, um einmal feststellen zu können, wie fast programmäßig die sog. „Gutachten“ sich auf die stereotyper Phrasen von der „Anerkenntlichkeit der Bleifarben“ aufbauen, trotzdem das Gegenteil von Männern der Praxis längst erwiesen ist. In Deutschland gibt es eine Reihe von Malermeistern, die sehr gut ohne Bleifarben auskommen und haben wird noch berichtet, daß ein altes gutes Geschäft in Alfels, M i s s e r b e r n, schon nahezu zwei Jahre kein Bleiweiß mehr verarbeitet läßt und alle Arbeiten, auch die feinsten Spachtelarbeiten, Grund für Holzimitation, auch äußere Arbeiten, Fassaden ausführt, ohne daß bisher eine einzige Reklamation eingelaufen ist. Also, was hier mög-

lich ist, ist auch anderwärts möglich, wenn es nur nicht am guten Willen fehlt.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Die wirtschaftliche Krise und die Lehrlinge. Der Verband der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe gibt für die Lehrlinge der graphischen Gewerbe ein Monatsblatt heraus, das bildende und aufklärende Artikel bringt. In einem Neujahrsartikel finden wir folgende beachtenswerte Ausführungen: „Es sieht trübe aus an diesem Jahreswechsel, und man freut sich über jedes Wort, das bessere Zeiten wünscht. Die Hoffnung auf bessere Zeiten scheint freilich recht gering. Die schwere wirtschaftliche Krise, die im Jahre 1907 einsetzte und während des ganzen verfloffenen Jahres in ungebrochener Stärke anhielt, lastet immer noch mit ganzer Schwere auf dem gesamten Erwerbsleben, und vorerst ist ein Ende noch lange nicht abzusehen. Sie hat eine Arbeitslosigkeit hervorgerufen, die schier unbeschreiblich ist.“

Ihr persönlich seid freilich noch davon verschont. Aber mancher von Euch wird mit Stimmern wahrgenommen haben, wie sich die Zahl der Gehülften in der Werkstatt, in der er zum Gehülften herangebildet wird, von Woche zu Woche verringerte, wie in manchem Betriebe überhaupt kein Gehülfe mehr übrig blieb, und wie sogar für ihn, den Lehrling, kaum noch Arbeit vorhanden war, so daß er, da er nicht auch entlassen werden konnte, alle möglichen und unmöglichen außerberuflichen Arbeiten zugewiesen bekam. Und mancher andere sieht tagtäglich die tiefen Falten, dieummer und Sorge auf die Stirnen der Eltern graben; er darbt mit seinen Angehörigen, weil der Vater, der sonst immer rastlos für seine Familie schaffte, die fleißigen Hände müßig in den Schoß legen mußte, und weil vielleicht auch der ältere Bruder, der seinen Angehörigen immer eine Stütze war, durch die Arbeitslosigkeit um seinen Broterwerb kam.

Wie gesagt: Ihr selbst seid noch von dem Gespenst der Arbeitslosigkeit verschont, aber ein großer Teil von Euch leidet mit unter den schweren Folgen. Ihn seid Ihr jedoch die Verdenden, die Kommenden! Wie lange wird es noch dauern, bis Ihr selbst Gehülften seid, bis Ihr aufnehmen müßt den Kampf ums Dasein, das Ringen um die Existenz, bis Ihr die Schäden der gegenwärtigen Art der Warenherstellung, der heutigen Produktionsweise, nicht nur mittelbar, sondern auch unmittelbar an eigenen Leiden verspürt! Und deshalb wird es gut für Euch sein, wenn Ihr Euch durch die Erkenntnis der Zusammenhänge im Wirtschaftsleben beizeiten für diesen Kampf ums Dasein rüstet! Der Gefahr kann man nur trotzen, wenn man sie erkennt!

Dieses Streben nach Erkenntnis muß nun freilich Eure eigene Sache sein. Ihr müßt selbständig denken, alles, was Ihr seht, hört und lest im Leben, in der Natur, in Vorträgen, Büchern und Zeitungen, in Euch selbst geistig verarbeiten. Nur so werdet Ihr Euch volle Klarheit über alles um Euch her anzueignen vermögen und demselben fest und sicher durchs Leben gehen. Mein letzter Neujahrsbrief kann und soll Euch nur knappe Anregungen zur Aneignung einer klaren Erkenntnis geben.

Zu diesem Zwecke deutete ich auch bereits an, daß die Krise und ihre unausbleibliche Folge, die Massenarbeitslosigkeit, begründet ist in der gegenwärtigen Art der Warenherstellung. Diese ist ungezügelt, plan- und systemlos. Jeder Fabrikant produziert willkürlich, ohne Rücksicht auf die Aufnahmefähigkeit des Absatzmarktes, bis dann mit Notwendigkeit eine vollständige Ueberfüllung des Marktes eintritt, die gebieterisch zu einer Einschränkung der Warenherstellung zwingt. Dadurch aber werden eben ungeheure Arbeitermassen überflüssig und arbeitslos. Und wenn dann nach diesem gewaltsamen Ausgleich zwischen Warenherstellung und Warenverbrauch die Verhältnisse wieder besser werden, beginnt auch sofort das alte Spiel, das gleiche, wilde Rennen von neuem, bis ihm nach einiger Zeit ein abermaliger vollständiger Zusammenbruch, eine neue Krise auf dem Fuße folgt. Solange die Warenherstellung nicht gesellschaftlich geregelt ist, werden die Krisen mit allen ihren vernichtenden Folgen ständig wiederkehren.

Die am schwersten von den Krisen betroffenen Angestellten und Arbeiter haben sich nun soviel als möglich gegen diese Folgen zu schützen versucht, indem sie sich zusammenschlossen zu starken Verbänden. Durch diese wirken sie geschlossen für die Hebung ihrer Lage, durch diese verteidigen sie sich aber ferner gegenseitig gegen alle Fälle der Not, hauptsächlich auch gegen die Arbeitslosigkeit. Ungeheure Summen werden für die Unterstützung an Arbeitslose aufgebracht. Ein Beispiel dafür bietet unsere Gehilfenorganisation, die neben den Hunderttausenden von Markt, die an sohnungsgehemmter Unterstützung ausbezahlt wurden, in einem halben Jahre fast 30 000 Markt an die hilfsbedürftigen Mitglieder auszahlt, die nach dem Statut zum Unterstützungsbezug nicht mehr berechtigt waren.

Gerade dieses Beispiel zeigt, wie einer für alle und alle für einen eintreten und wie der Zusammenschluß für jeden einzelnen eine zuverlässige, feste Stütze ist.

Einigkeit macht stark! Der Einzelne ist machtlos im Daseinskampfe, das beweisen die Krisen, von deren Folgen auch der Stärkste nicht verschont bleibt! Nur durch den Zusammenschluß werden die Massen von Einzelnen unüberwindlich, machen sie sich fähig, ihr Schicksal zu lenken. Mächtige diese Erkenntnis immer klarer werden in Euren Köpfen, meine jungen Freunde. Sie hat Euch zusammengeführt in unserer Lehrlingsabteilung, wüßte sie Euch auch, wenn Ihr als Ausgelernte eintretet in den Daseinskampf, zusammenschließen in der Gehilfenorganisation. Und wenn jeder von Euch diejenigen, die von jener Erkenntnis noch nicht durchdrungen sind, zu überzeugen versucht, wenn jeder zu einem Werber der Einigkeit wird, dann können wir trotz aller trüben Aussichten getrost in die Zukunft schauen und im Vertrauen auf die eigene vereinte Kraft jubelnd frohlocken: Unser die Zukunft, unser die Welt! Trost allen!

Generalversammlung. Der Deutsche Metallarbeiterverband beruft seine 9. ordentliche Generalversammlung auf den 31. Mai 1909 nach Hamburg ein. — Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hält vom 28. bis 29. Mai in Dresden seine 5. Generalversammlung ab. — Die 6. Generalversammlung des Deutschen Transportarbeiter-Ver-

bandes findet in München am 7. Juni und folgende Tage statt.

Arbeitslosenfürsorge. Der Münchener Magistrat hat beschlossen, aus gemeindlichen Mitteln den Betrag von M 30 000 zur Unterstützung von Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen. Weitere M 20 000 sollen zu dem gleichen Zwecke aus Mitteln des Münchener Hilfsfonds verwendet werden.

Eine Urabstimmung im Handbühnenmacherverband findet am 30. Januar d. J. statt über die Frage: Sind die Mitglieder mit einer Verschmelzung mit dem Lederarbeiterverband einverstanden?

Am Schneiderverband wird demnächst auch eine Urabstimmung über die Frage der Einführung der Arbeitslosen- bzw. Erwerbslosenunterstützung vorgenommen. Es handelt sich um die vom Verbandsvorstand vorzuliegende Vorlage, die den Mitgliedern zur Beratung und Urabstimmung unterbreitet werden muß, gemäß dem Beschluß des letzten Verbandstages. Bis zum 1. April 1909 muß die Abstimmung erledigt sein. Der 1910 stattfindende Verbandstag soll dann erst bestimmen, wenn die Urabstimmung sich für die Einführung entschieden hat, wann diese Unterstützungsanstalt in Kraft treten soll.

Eine Arbeitslosenzählung im Maurerverbande soll in diesem Jahre allmonatlich an bestimmten Tagen in der letzten Woche des Monats stattfinden. Die Zählung soll in der Wohnung der Mitglieder vorgenommen werden. Ob die Zählung eine Vorarbeit für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung sein oder nur der Feststellung der Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern in den einzelnen Monaten gelten soll, ist nicht bekannt.

Ein weißer Haie unter den Pastoren. Wenn man bedenkt, daß die allermeisten Pastoren sich als Fürstendiener und Goldknechte des Kapitalismus aufspielen, so berührt es eigenartig, auch mal einen Vertreter der Geistlichkeit zu hören, der frei von der Leber weg seine Meinung sagt. In einem Artikel der „Kirchlichen Gegenwart“, den der Pastor G r e t h e n in Hannover geschrieben hat, finden wir folgende trefflichen Worte: „Für einen hohen Gedanken kann ich mich tötschießen lassen, für einen hohen Menschen nicht. Wir müssen uns zunächst daraufhin prüfen, ob wir den Wert und die Bedeutung von Fürsten und Oberen nicht immer noch zu hoch einschätzen. Es ist wirklich auch im religiösen Sinne eine Lebensfrage unsers Volkes, daß wir unsre Obrigkeit richtig einschätzen. Wenn die Kultur- und Kirchengeschichte unsrer Tage später einmal geschrieben werden sollte, wenn die kirchlichen Byzantinisten ein mal richtig zusammengestellt werden, dann wird man nur eine Parallele finden: im ost- und weströmischen Kaiserthum. Wieviel Kopfschütteln erregen ferner die oft sich häufenden kirchlichen Fürbitten und Dankgebungen für fürstliche Persönlichkeiten, die der breiten Volksschicht kaum dem Namen nach bekannt sind! Sind das Neußerungen vaterlandsloser Gesinnung, wenn der simple Christ in der Kirche nicht hören will, welche Fürstlichkeit einmal wieder mit Höflichkeit gesegnet ist?“

Treffliche Worte der Kritik findet Pastor G r e t h e n für den Byzantinismus in der Schule: „Mit der Schule ist's noch schlimmer. Hier ist der Geschichtsunterricht der Tummelplatz völlig ungeschichtlicher Trümmereien. Pseudo-Patriotismus und Romantik, Devotion und Personenkultus sind da beliebt. Daß nur ja keine von den vielen Heldengestalten, keine von den weltbewegenden Ereignissen, keiner von den vielen Sausängern dem Gedächtnis der Nachwelt verloren geht. Und wie werden die Lehrbücher zugefügt, daß nur aus jedem halbwegs passenden Bestücke zum Schluß die Moral von der Geschichte herauszuschaut, eingekleidet in die süßlichen Verherrlichungen von Taten und Personen der Vergangenheit — eine Seelenqual für Wissenschaftlichkeit, Wahrhaftigkeit und altfränkischen Patriotismus.“

Zu den Hurrafesten, der Denkmalsuche und der dynastischen Liebedienerei kirchlicher Kreise sagt der Pastor: „Und endlich die weitere Doffentlichkeit. Wie viele haben gemurrt über den Hurrapatriotismus, über die superlativen Reden, über die Feste und Feiertage bei allen möglichen Gelegenheiten, über die Denkmalsuche, den dekorativen Ueberfluß und die geschwundene Sparbarkeit. Ist das nicht auch eine Fremdherrschaft, wenn uns ganz fremde Gedanken und Gefühle gleichsam aufstrotzen werden? Was haben wir denn gewonnen mit all den Siegen über auswärtige Feinde, wenn uns daheim die Freiheit, die oft erkämpfte, beschnitten wird! Vaterlandsliebe und Religion gehören allerdings eng zusammen. Aber Religion und Dynastien-Verehrung gehören nicht zusammen. Nirgends ist die christliche Religion tiefer gesunken, als in Byzanz, und gerade damals, als man dort die glänzendsten Kirchen baute.“

Schließlich wendet sich Pastor G r e t h e n dagegen, daß man nun in übertriebener Lobpreisung des nachgewordenen Volkes schon meine, die bestagten Dinge können niemals wieder. Er bemerkt dazu: „Das Volk ist krank, da liegt ja gerade der Schaden. Das Volk hat die Feste gefeiert und hurrafreiende Spaliere gebildet. Das Volk hat in seiner Zeitung lesen wollen, wie viel Böde die hohen Herrschaften bei jeder Jagd geschossen haben. Das Volk in seiner erbarungswürdigen Hülf- und Ratlosigkeit ist zu den Regierenden gelaufen und hat sich Rat geholt. Das Volk macht die Gelebe, die liberal aussehen und ihm wieder neue Schrauben zu den alten ansetzen. Und die, welche Wehrer und Berater des Volkes sein sollten, haben geschwiegen oder mitgemacht. Wer aber den Mund aufst, ward politisch geächtet von den Freien und Frommen, wie sich das Volk so gern nennt.“ Deshalb heiße es, so betont G r e t h e n zum Schluß, aufpassen für die, die frei und ungehindert ihre Meinung sagen können; „Lassen müssen wir vieles: jahrelang keine Feste feiern mit dem üppigen Geschrei; jahrelang keine Ehrenportien bauen; jahrelang keine Denkmäler setzen, weder den Großen noch den Kleinen; jahrelang keine Groschen geben zu den bekannten Zwecken. Wir haben genug von den Dingen im deutschen Vaterlande. Und wenn die Beschwichtigungsbräute kommen, mißtrauisch sein bis in die tiefste Seele.“

Es ist wirklich eine Herzerquickung, einen solch tapfern, aufrechten Mann unter all den kapitalistisch und byzantinisch verfeuchten Pfaffen zu finden. Aus der Zentralfelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, „Arbeiter-Jugend“. Die 1. Nummer des ins Leben gerufenen Jugendorgans, der „Arbeiter-

Jugend“, wird unter der Redaktion des Genossen K. Korn am 30. Januar d. J. erscheinen. Die „Arbeiter-Jugend“ wird von da ab alle 14 Tage, jeweilig 12 Seiten stark, im ungefähren Format der „Gleichheit“ ausgegeben werden. — Die bisherigen Organe des jugendlichen Proletariats, die „Arbeitende Jugend“ (Berlin) und die „Junge Garde“ (Mannheim), die beide auf dem Felde der Jugendbewegung und -bildung treffliche Pionierdienste geleistet haben, stellen nunmehr zugunsten des neuen Blattes ihr Erscheinen ein.

Die „Arbeiter-Jugend“ ist in erster Linie als Bildungsorgan für die jugendlichen Arbeiter gedacht. Das Blatt soll vornehmlich die Wissenschaften pflegen, die die Erziehungspolitik des Klassenstaates der Jugend des Proletariats vorenthält, die aber gerade der erwachsenen Arbeiterschaft in ihren wirtschaftlichen und politischen Kämpfen die schärfsten Waffen liefert, also Naturerkenntnis im weitesten Sinne, Geschichte, besonders Kultur- und Wirtschaftsgeschichte, Volkswirtschaftslehre und Verfassungsweisen in ihren grundlegenden Begriffen und Tatsachen. Zudem das Jugendorgan diese Gebiete in einer dem Auffassungsvermögen der Jugend angepaßten Form, aber stets im Geiste der fortgeschrittenen Wissenschaft, behandelt, wird es unserer Jugend auf breiter Grundlage die Einführung in die Weltanschauung des Sozialismus darbieten. Denselben Zwecke auf anderem Wege wird das Jugendorgan auch in dem Teile zu dienen haben, der der schönen Literatur und der Unterhaltungsliteratur gewidmet ist.

Ferner soll das Organ die spezifischen wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Jugend, ihre Forderungen in bezug auf gewerbliches und politisches Recht, Lehrlingschutz, Fortbildungsweisen usw. nachdrücklich vertreten.

In das Programm des Blattes fallen des weiteren Technik und Gesundheitslehre (Turnen, Spiel, Sport und Wanderungen), die Uebersicht über die Jugendbewegung des In- und Auslandes, die Diskussion von Vorschlägen, die aus dem Kreise der Leser selbst in bezug auf die Ausgestaltung des Vereins- und Versammlungswezens der Jugend, des Lebens und Treibens in ihren Verkehrslokalen, einlaufen.

Alle Zuschriften für die Redaktion sind zu richten an: K. Korn, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69. Die örtlichen Jugendkommissionen und alle Genossen wie Genossinnen, denen die Jugendbewegung, die Durchdringung des proletarischen Nachwuchses mit dem Geiste des Sozialismus, am Herzen liegt, werden dringend ersucht, für die weiteste Verbreitung unseres neuen Organs alle Kräfte einzusetzen. Für die Sozialdemokratie, die selber die Partei der Zukunft und der Menschheits-Jugend ist, gilt natürlich mit ganz besonderem Rechte und in viel höherem Sinne als für jede sonstige politische oder geistige Richtung das Motto: Wer die Jugend hat, hat die Zukunft. —

Die „Arbeiter-Jugend“ kostet vierteljährlich 50 Pf., Einzelnummern 10 Pf. Vereine, Buchhandlungen und sonstige Wiederverkäufer erhalten entsprechenden Rabatt. Alle Anfragen und Zuschriften wegen der Expedition der „Arbeiter-Jugend“ sind an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69 zu richten.

Die erste Nummer der „Arbeiter-Jugend“ erscheint in Massenaufgabe und steht den örtlichen Jugendkommissionen unentgeltlich zur Verfügung. Bestellungen müssen spätestens bis zum 20. Januar in Händen der Expedition sein.

Ein vielseitiger Mensch von gerabezu phänomenaler Unparteilichkeit wohnt in der schleswig-holsteinischen Stadt Tzeho. Es ist dies ein Herr Dr. Düring, der über gerabezu erstaunliche Fähigkeiten verfügen muß, so daß man versucht ist zu glauben, es hier mit einem psychologischen Rätsel zu tun zu haben. Der Herr ist nämlich erstens Vorsitzender des Tzehoer Bürgervereins, zweitens weiter Bürgermeister, und als solcher Chef der Tzehoer Polizeigewalt, drittens Vorsitzender des Gewerbegerichts und viertens Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes. Wie der Herr alle diese Posten objektiv verwaltet und die zum Teil divergierenden Interessen der Körperschaften zu vertreten vermag, ist und bleibt uns ein Rätsel, und außer uns wohl auch noch manchem anderen Menschen. Man stelle sich nur einmal vor: Der Vorsitzende des Gewerbegerichts, Herr Dr. Düring, wird in einem Streitfall von den Arbeitern um Befreiung desselben angegangen. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Gewerbegerichts läßt er sich den Sachverhalt von den Arbeitern vortragen und forsch nach der Ursache ihres Handelns. Ist ihm die Auskunft geworden, dann setzt sich der Vorsitzende des Gewerbegerichts, Herr Dr. Düring, mit dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes, Herrn Dr. Düring, in Verbindung und überreicht ihm das Anliegen der Arbeiter. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Herr Dr. Düring, gibt dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Herrn Dr. Düring, dann wieder seine Entschließung kund, worauf dieser sich dann entschließt, was in der Sache zu geschehen hat. Wunderbar einfach und praktisch, nicht wahr? Man sollte überhaupt dazu übergehen, in Deutschlands Gauen die Vorsitzenden und Sekretäre der Arbeitgeberverbände zu Vorsitzenden der Gewerbegerichte zu machen, dann werden die Klagen der Arbeiter über eine allzu große Rücksichtnahme auf die Interessen der Arbeiter bald aufhören. Wie wunderbar einfach ist doch eine solche Einrichtung. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes geht morgens aus dem Hause aufs Gericht, in der Garderobe aber zieht er den Rock — d. h. den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes — an und zieht dafür die Robe — d. h. den Vorsitzenden des Gewerbegerichts — an; dann geht er in den Gerichtssaal und spricht Recht. Daß unparteilich, d. h. ohne Ansehen der Person, abgeurteilt wird, dafür ist gesorgt; denn der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, der die Interessen der Arbeiter zu vertreten hat, selbstverständlich auch der, die von ihren Arbeitern beim Gewerbegericht verklagt werden, hängt in der Garderobe am Nagel, kann also bei der Rechtsprechung einen Einfluß gar nicht ausüben. Natürlich ist ebenfalls ein schädlicher Einfluß ausgeschlossen, wenn der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Dr. Düring, sich bei Ausbruch von Streiks oder von dem Arbeitgeberverband vorgenommenen Ausperrungen an den zweiten Bürgermeister und Chef der

Polizeigewalt, Dr. Düring, wendet und um polizeilichen Schutz ersucht. Wie gesagt, es gibt eben Geistesheroen, Menschen, an deren geistige Fähigkeiten man nicht heranreicht, deren Objektivität sich in Schwandel der Höhe bewegt, daß man sie mit unbewaffnetem Auge gar nicht mehr wahrnimmt. Und wenn man solche Leute in kleinen Landstädten findet, warum sollte man sie dann nicht auch in größeren Städten finden. Man vereinfache also schon aus Sparsamkeitsrücksichten das Verfahren und treffe Einrichtungen, wie sie so trefflich sich bewähren in — Brehoe in Holstein — in Deutschland 1909.

Ein Schildbürgerstücklein wird aus Langenbielau in Schlesien berichtet. Dort bildeten arme Weber, deren Einkommen amtlich auf durchschnittlich 600 M jährlich veranschlagt wird, den Hauptbestandteil des Konsumvereins „Selbsthilfe“. Dieser Verein ist zu 11 000 M Umsatzsteuer verurteilt; das macht pro Mitglied ca. 3,30 M. Und was geschieht mit dem Gelde? Es ist einfach ungläublich — in bar wird es den Gewerbetreibenden pflichtigen der dritten und vierten Klasse zugestellt; dies geschieht durch den Gemeinbediener, der es ihnen aushändigt mit den Worten: „Das ist die Umsatzsteuer vom Konsumverein, auf die sie Anspruch haben!“ Wenn dies nur mit den Gewerbetreibenden geschehen würde, die durch verminderten Umsatz einen Schaden zu haben glauben, so könnte man es vielleicht noch verstehen; aber es werden auch die Gastwirte damit bedacht, denen der Konsumverein ja keine Konkurrenz machen kann, weil er keine alkoholischen Getränke führt, und damit das Maß voll werde, bekam auch der Schornsteinfeger 60 M ab, der doch gewiß vom Konsumverein nichts zu befürchten hat. Nun haben aber der Obermeister der Schuhmacherrinnung und ein Schöffe im Langenbielauer Gemeinderat doch wohl Gewissenbisse, ob der Verteilung der Konsumvereinsgelder bekommen, und so beschloß denn am 22. Juli der Gemeinderat, mit den Ertragsrissen der Umsatzsteuer die Beiträge der Handwerker zur Handwerkskammer zu bezahlen. Sie befanden eine wahrhaft vornehme Gesinnung, die Herren Mittelständler in Langenbielau. Ueberall finden sich in der Arbeiterschaft noch Ungehörige, die solche Leute unterstützen, anstatt als Konsumvereinsmitglieder diese Mittelständler einfach ihrem Schicksal zu überlassen. So notwendig, wie die gewerkschaftliche Organisation ist, um nicht allein zu stehen im Kampfe gegen die Unternehmern, so notwendig ist es auch, daß die Verbraucher, die Konsumenten, sich zusammenschließen, um als solche selbst mit daran zu wirken, die Arbeiterschaft auf eine höhere Kulturstufe zu bringen.

Baugewerbliches.

Das neue Submissionsverfahren in Warmen, das verfahrensweise auf ein halbes Jahr eingeführt wurde, und das im wesentlichen darin bestand, daß die Einheitspreise durch Vertrauensleute der Innungen kalkuliert wurden und dem diesen Preisen am nächsten kommenden Bieter der Zuschlag erteilt wurde, wird nicht aufrecht erhalten. Nach den Darlegungen des Beigeordneten Stadtbaurats Wirsingbach in einer Stadtvorordnetenversammlung hat das neue Verfahren die Folge gehabt, daß für alle Arbeiten die Einheitspreise erheblich gesteigert wurden sind und daß vielfach als leistungsfähig bekannte Firmen nach den Grundrissen des neuen Verfahrens nicht berücksichtigt werden konnten, weil solche Firmen erheblich geringere Preise forderien, als von den Vertrauensmännern der Innungen kalkuliert worden waren. Weiterhin sei eine so auffallende Uebereinstimmung in der Verteilung der Preise eingetreten, daß angenommen werden müsse, daß die Umschlüsse der Vertrauensmänner der Innungen den Anbietern vorher bekannt gewesen seien. Von einzelnen Innungen seien sogar sämtliche abgegebenen Offerten gleichlautend gewesen. Bei den Fundamentierungsarbeiten für die Müllverbrennungsanlage habe sich ergeben, daß die Preise der Vertrauensmänner der Innung erheblich herabgesetzt werden konnten, ohne daß der Verdienst zu niedrig bemessen gewesen wäre. In der Baukommission sei man sich deshalb einig darüber gewesen, daß das neue Verfahren nicht mehr länger aufrecht erhalten werden könne. Angerufen sei, daß die Unterlagen der zurzeit üblichen allgemeinen und besonderen Bedingungen nicht übersichtlich genug seien. Die Baukommission schlage daher vor, diese Bedingungen einer erneuten Durchberatung zu unterziehen und dazu Spezialfachverständige aus Handwerkertreibern hinzuzuziehen und solche Beratungen künftig auch bei erheblichen Abweichungen von den jetzt geltenden Bedingungen abzuhalten, die versuchsweise eingeführte Mitwirkung von Vertretern der Innungen bei der Kalkulation des Preises und die Erteilung des Zuschlages an den Unternehmer in Zukunft nicht mehr stattfinden zu lassen, dagegen die Baukommission und Stadtvorordnetenversammlung zu beauftragen, mit besonderer Sorgfalt die Unternehmer von der Erteilung des Zuschlages auszuschließen, die das Handwerk durch sogenannte Schleuderpreise oder durch Unzuverlässigkeit bei Ausführung der Arbeiten schädigen. Eine Hinzuziehung von Handwerkern zur Abnahme von Arbeiten, die aus Handwerkertreibern vorgeschlagen worden war, empfehle die Baukommission nicht, ratam sei es aber, bei größeren Arbeiten möglichst Mitglieder der Baukommission als Sachverständige hinzuzuziehen. Diesen Vorschlägen stimmte die Mehrheit des Stadtvorordnetenkollegiums nach längerer Erörterung zu.

Die Petition der Bauarbeiter-Kommission in München betreffend die Anstellung von Baukontrolloren aus dem Arbeiterstande wurde vom Reichstage nach dem Antrage der Kommission dem Reichsanwalt zur Berücksichtigung übergeben. Den belagerten reaktionären ämterlichen Ansichten des konservativen Abg. Tischbirenmeister Pauls-Botsdam, der die Arbeiter für die Kontrolle nicht geeignet hält und glaubt, daß durch ihre Heranziehung zur Kontrolle die Unfallgefahr sich noch steigern werde, wurde in würdevoller Weise, geküßt auf reichhaltiges Material und langjährige Erfahrung vom Gen. Bismarck entgegengetreten.

Gerichtliches.

Eine merkwürdige literarische Leistung. Durch das Reichsgericht vom 19. Mai 1901 wird das Urheberrecht an Werken der Literatur geschützt und der unbefugte Nachdruck literarischer Werke unter Strafe gestellt. Der Verleger ging von dem an und für sich richtigen Gedanken aus, daß das geistige Eigentum eines Schriftstellers nicht der Habgier irgend eines literarischen Straßenräubers angeschlossen werden dürfe. Das Gesetz hatte seine Ursache darin, daß gewissenlose Verleger und Redakteure ohne Honorarzählung ihre Spalten mit literarischen Erzeugnissen füllten, deren Verfasser vielleicht darboten. In welcher unbilliger Weise aber dieser richtige Gedanke unter dem Einflusse der Klassenjustiz verzerrt werden kann, lehrt folgender Vorfall. Vor einigen Wochen fand im Bureau des Textilarbeiterverbandes in Neugersdorf i. S. auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Naunheim eine Hausdurchsuchung und Beschlagnahme von Lohntarifen statt, die der Verband auf Veranlassung der dortigen Arbeiterschaft hatte in Druck legen lassen. Der Verleger derselben, Genosse Heibel, erhielt nun eine Anklage wegen Verletzung des § 38 Ziffer 1 und § 45 des Reichsgesetzes, betreffend das Urheberrecht an Werken der Literatur vom 19. Mai 1901 und wegen Vergehen gegen § 9 Absatz 2 und § 12 des Reichsgesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes vom 27. Mai 1896. Vor kurzem fand nun vor dem Landgericht Naunheim die Hauptverhandlung statt. Bei Eingang in die Verhandlung stellten die Fabrikanten, deren Lohntarife veröffentlicht worden waren, den Antrag, als Nebenkläger zugelassen zu werden. Während der Verhandlung wurde die Anklage wegen unlauteren Wettbewerbes fallen gelassen. Heibel wurde wegen Verletzung des Urheberrechts zu 300 M Geldstrafe, im Falle der Uneinbringlichkeit zu 1 Monat Gefängnis und Tragung der Kosten verurteilt. Der Antrag auf Zahlung einer Buße abgelehnt, da ein Schaden durch die Drucklegung und Veröffentlichung nicht nachzuweisen war. Auch wurde auf Einziehung der vorhandenen Exemplare und Vernichtung der Platten erkannt. Das Urteil ist für die gesamte Gewerkschaftsbewegung von großer Tragweite, da die Lohntarife als Schriftwerke betrachtet wurden, die durch das Gesetz, betreffend das Urheberrecht, geschützt werden müssen, deren Veröffentlichung nur dem geistigen Urheber zulässig bleibt. Bleibt dieses Urteil bestehen, dann darf in Zukunft kein Arbeiter, keine Gewerkschaft Lohntarife in Druck legen und veröffentlichen im Interesse ihrer Mitglieder, wenn sie nicht das Einverständnis des Unternehmers besitzen, sofern derselbe der geistige Urheber ist.

Daß eine derartige Rechtsprechung, wenn sie allgemein werden sollte, der reine Kohn ist auf den gesunden Menschenverstand und daß sie der Absicht des Gesetzgebers direkt ins Gesicht schlägt, kann gar nicht zweifelhaft sein. Es ist einfach Widerfynn, einen Lohntarif für ein literarisches Werk zu halten. Es wäre wünschenswert, daß die Rechtsgelehrten einmal hierzu Stellung nähmen.

Das ist natürlich kein Terrorismus! Zum eisernen Bestande der Waffen, womit unsre Gegner die Gewerkschaften bekämpfen, gehört auch die Behauptung, daß die Mitglieder der „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften diesen nicht freiwillig beitreten, sondern durch einen beispiellosen Terrorismus zur Mitgliedschaft gezwungen würden. Das hindert unsre lieben Freunde aber nicht, selber nach Herzenslust zu terrorisieren und die Arbeiter durch Stockprügel auf den Wagen zu zwingen, in ihnen widerwärtige Organisationen einzutreten. Diese Art, Mitglieder zu „werben“, wird besonders auch in Magdeburg in umfangreicher Weise getrieben. Mehrere gelbe Werkvereine fristen nur dadurch ihre Existenz, daß die Unternehmer ihre Arbeiter durch einen unerhörten Druck zum Eintritt in die Vereine zwingen. Auch der „Reichstreue Arbeiterverein“, eine „nationale“ Arbeitervereinsorganisation, gegründet und „protégirt“ vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie und subventioniert vom Unternehmertum, hat auf diese Weise seine Mitglieder „erworben“. Wie weit dieser Terrorismus der Fabrikherren geht, zeigte dieser Tage eine Verhandlung, die vor dem Gewerbegericht Magdeburg stattfand. Die Metallwarenfabrik von August Böhmert & Co. in Magdeburg-Neustadt hat für ihren Betrieb die Zustimmung getroffen, daß jeder dort beschäftigte Arbeiter dem Reichstreuen Arbeiterverein oder dem Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein angehören muß. Als vor anderthalb Jahren der Schlosser Lehmann bei der Firma in Arbeit trat, gab er auf Befragen an, daß er Mitglied des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins sei. In Wirklichkeit gehörte er dem Deutschen Metallarbeiterverband an. Kürzlich wurde dies nun der Firma bekannt und Herr Böhmert stellte Lehmann die Wahl, entlassen zu werden oder dem Reichstreuen Arbeiterverein beizutreten. Lehmann erbat sich drei Tage Bedenkzeit und erklärte nach Ablauf derselben, daß er es ablehne, Mitglied der Reichstreuen zu werden. Daraufhin wurde ihm gekündigt. Aber damit nicht genug, wurden ihm bei der nächsten Lohnzahlung, ohne daß man ihn danach fragte, Eintrittsgeld und ein Monatsbeitrag des Reichstreuen Arbeitervereins, zusammen 90 M, vom Lohn abgezogen! Lehmann protestierte dagegen, aber vergeblich, so daß er gezwungen war, die 90 M beim Gewerbegericht einzulagern. Das Gericht stellte sich auf dem Standpunkt, daß die Firma ihr Verhalten in keiner Beziehung rechtfertigen könne. Sie werde daher zur Zahlung der 90 M und zur Tragung der Rechtskosten verurteilt. Man sieht, die Gegner der modernen Arbeiterbewegung haben alle Ursache, vor der eigenen Tür zu lehnen!

Gewerbegerichtliches.

Zum Begriff „Landarbeit“ hatte das Gewerbegericht Kiel am 2. Dezember 1908 Stellung zu nehmen. Der Malermeister H. in Kiel wurde von dem Malermeister J. in Kiel für eine Arbeit in Sonderburg angenommen und arbeitete auch daselbst vom 13. August bis 3. Oktober an dem Kieler tariflichen Mindestlohn von 58 M. Der Kollege verlangte jedoch gemäß § 5 des Kieler Lohntarifs für die in Sonderburg geleistete Arbeit den Lohnzuschlag von 45 Tagen à 1 M, insgesamt mit Jahrgeld 50,60 M. Der beklagte Malermeister hielt sich nicht zur Zahlung verpflichtet, da H. für Sonderburger Arbeiten angenommen sei, mithin der Kieler Lohntarif gar nicht in Betracht käme. Nach dem Kieler Tarif sollte er nur den Lohn

erhalten, also 58 M die Stunde. Darüber, ob sich die Bestimmungen des Tarifs nur auf Arbeiten in Kiel und der nächsten Umgebung oder auch auf solche in Orten der weiteren Umgebung Kieles beziehen, hat nun das Gericht durch Vernehmung eines Malergehilfen und eines Malermeisters als Sachverständige Beweis erheben lassen.

Der Gehilfe führte aus, daß nach § 5 des Kieler Lohntarifs bei einer Entfernung von über 5 Kilometer von Kiel Lohnzuschlag gezahlt werden muß, ausgenommen, wenn der Meister tagtäglich die Fahrkosten zahlt. Es seien unter Landarbeiten die Arbeiten zu verstehen, die außerhalb dieser Grenze verrichtet würden. In den Orten, die unter den Begriff „Landarbeiten“ fallen, zähle er auch Neumünster, Hamburg, Sonderburg usw. Weiter führte er aus, daß nach § 13 des Tarifs „andere als im Lohntarif vorgesehene Abmachungen nicht stattfinden dürfen.“ Darans ergebe sich, daß, wenn ein Meister in Kiel Leute einstelle, der Kieler Tarif auf diese Anwendung finden müsse, selbst wenn sie dann in einem anderen Orte beschäftigt werden. Nach seiner Ansicht muß der Kieler Tarif auch dann Anwendung finden, wenn in Sonderburg höhere Löhne gezahlt würden. Der Meister erklärte, daß bei Anstellung des Tarifs an eine größere Entfernung von Kiel gar nicht gedacht worden sei. Unter Landarbeiten verstehe er nur die Arbeiten, die in der näheren Umgebung Kieles, z. B. in den Orten Friedrichsorf, Laboe, Holtentau usw. verrichtet werden. Nach seinem Dafürhalten darf der Kieler Tarif für Sonderburg nicht angewendet werden.

Das Gericht erkannte für Recht, den Beklagten zu verurteilen, dem Kläger 50,60 M zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreites zu tragen. Das Gericht hat sich, wie in der Begründung ausgeführt wird, nicht entschließen können, seinen früheren Standpunkt, wonach der Kieler Lohntarif auch auf die weiter entfernten Orte Anwendung finden muß, falls die Einstellung in Kiel erfolgt ist, zu verlassen. Festgestellt sei, daß Kläger in Kiel angenommen worden ist. Daher mußte auch der Kieler Lohntarif zur Geltung kommen. Die Ausfertigung des § 5 des Tarifs war unzulässig; denn § 13 a. a. O. lautet ausdrücklich, daß andere als im Tarif vorgesehene Abmachungen nicht stattfinden dürfen. Zweifelhaft war, was unter „Landarbeit“ im Sinne des § 5 des Tarifs zu verstehen ist. Das Gericht ist jedoch den Ausfertigungen des als Sachverständigen geladenen Gehilfen beigetreten. In den „Landarbeiten“ sind daher alle Arbeiten, die außerhalb der im § 5 des Tarifs angegebenen Grenze liegen, zu rechnen.

Verschiedenes.

Entdeckung wertvoller Malereien im Kölner Dom. Bei einer Restauration an dem berühmten Hauptwerk der Alt-Kölner Malerschule, dem Choraltar im Dom, ergab sich, daß durch Uebermalungen ein altes Werk vollständig bedeckt und unkenntlich gemacht worden ist. Nach sorgfältiger Reinigung treten eckig gotische Zeichnungen in herrlicher, großer Form zutage. Bei der Reinigung zeigte es sich, daß mehrere Uebermalungen vorlagen, jedoch auf einmal sechs Arme des Westreitigen zutage traten. Auf der Rückseite hatte der Restaurator, um den Grund zu füllen, Papier verwendet. Die bisher geräumten unteren Darstellungen auf der Innenseite der Altarfenster müssen wir, wie der „Pfälzische Zeitung“ von etnem Sachverständigen geschrieben wird, für das Beste und Kostlichste halten, was die damalige deutsche Malerei, die reife Gotik um 1370, zu schaffen imstande war, und die Kölner Malerschule erscheint so jetzt erst in ihren Anfängen als wirklich führend für ganz Deutschland.

Dom Ausland.

Oesterreich. Gesperrt sind in Graz sämtliche Wagenladereisen.

Ungarn. Gesperrt sind die Städte: Kassa, Szekesfevhar und Temesvár. Die Kr. Schloßnickische Leistenbergolbungsfabrik und die Anstreichwerkstätte Koh. Felberbaum in Budapest sind gesperrt.

Schweiz. Gesperrt sind: Heidegger in St. Gallen; die Werkstellen: Peller in Gorgen, Gust. & Jul. Müller in Wädenswil, Gebr. Baer in Andernatt.

Einem Normaltarif für die ganze Schweiz aufzustellen, der sich in den Grundzügen an den deutschen Normaltarif anlehnen soll, beabsichtigt der Maler- und Gipferverband der Schweiz. Am 15. Dezbr. 1908 wurde der Vorstand unseres Bundesverbandes darum ersucht, anzugeben, ob er zu Unterhandlungen bereit sei. Auf seine Rückantwort, daß er dem Abschluß eines Generaltarifs nicht entgegenstehe und seine Mitarbeit zusicherte, erhielt er dann obige Mitteilung am 23. Dezember 1908. Verhandlungen haben bereits stattgefunden.

Ungarn. Der Verband der Budapestaler Malermeister hat unsere dortigen Kollegen benachrichtigt, daß er im Frühjahr eine 10proz. Lohnerhöhung gewähre, doch soll das Minimum des zu leistenden Arbeitsquantums festgelegt werden.

Oesterreich. Die Genossenschaft der Wiener Malermeister hat in echt christlicher Nächstenliebe unseren Kollegen eine kleine Ueberraschung auf den Weihnachtstisch gelegt, indem sie am 21. Dezember 1908 beschloß, dem Tarif für Wien kurzerhand „zurückzugeben“, anstatt ihm am 31. Dezember zu kündigen, so daß er am 1. April 1909 endigte. Wenn die Herren, die „tariftreuen“ glauben, daß diese Tat unsere Wiener Kollegen zu besonderer Wachgiebigkeit stimmen wird, so werden sie sich schwer getäuscht haben.

Sachliteratur.

Von der Deutschen Malerzeitung die Mappe ist Best. 10 (Januar 1909) in der bekannten vorzüglichen Ausstattung erschienen. Von dieser empfehlenswerten illustrierten Zeitschrift erhalten jährlich 12 Monatshefte, 104 Halbwochennummern. Das Abonnement beträgt 3 M vierteljährlich. Verlag Georg D. W. Callwey in München.

Technisches.

Patentschau. Vom Verbands-Patentbureau D. Krueger u. Co., Dresden, Schloßstr. 2. Abschriften billigt. Auskünfte frei.

Erteiltes Patent:

Nr. 75 c. L. 25 674. Verfahren zur Erzeugung eines aus Punkten und Flecken bestehenden Musters unter Anwendung eines Farbzerstäubers. Leipziger Langier-Manier, Alexander Grube, Leipzig. Angem. 29. 2. 08.

Gebrauchsmuster:

Nr. 75 c. 360 524. Vorrichtung zum Abschneiden geradliniger flüssiger Farbe aus der Abfluß von Zerstäubungsanlagen mit einem U-förmigen Teil des Luftweges. W. Graaff u. Co., G. m. b. H., Berlin, und Hans Mikorey, Schneberg. Angem. 5. 4. 06.

Nr. 75 c. 360 764. Apparat zum freihändigen Ziehen von geraden und gebogenen Strichen. Julius Lamsfuß, Nemscheid. Angem. 17. 11. 08.

Nr. 75 c. 360 981. Diffuser zwecks Zerstäubung dickflüssiger Substanzen. Gust. Erdbrügger, Hannover. Angem. 23. 10. 08.

Literarisches.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Jahresbericht über die Tätigkeit vom 1. April 1907 bis 30. September 1908. Hauptschulort: Berlin O. 54, Grenadierstr. 37.

Die Volksgesundheit. Die Zeitschrift des Verbandes der Vereine für Volksgesundheit erscheint monatlich einmal mit der Beilage „Mutter und Kind“. Bezugspreis jährlich 3 M. Geschäftsstelle: Hermann Findeisen, Meisen, Köpplitz.

Kalender des Zentralverbandes der Maurer 1909. Bearbeitet von Fritz Baepfau. 5. Jahrgang. Preis 50 J.

Metallarbeiter - Notizkalender für das Jahr 1909. Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart.

Arbeiter-Stenograph. Organ des Deutschen Arbeiter-Stenographenbundes „System Friends“. Erscheint am 1. eines jeden Monats. Preis jährlich 2.50 M. Verlag und Expedition Louis Nach, Frankfurt a. M., Graubengasse 35.

Die Gesundheitsverhältnisse im polygraphischen Gewerbe Deutschlands, mit besonderer Berücksichtigung der Bleivergiftung. Von Prof. Dr. med. Martin Hahn in München. (Deutsche Sektion, Gesellschaft für Soziale Reform.)

Von der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek - Verlag Buchhandlung Vorwärts in Berlin SW. 68, ist Heft 18 erschienen: Der Geschlechtstrieb. Von Eduard Bernstein. Preis 20 J.

Der gelbe Sumpf. Ein Blick hinter die Kulissen der gelben Arbeiter-Vereine durch Einsichtnahme in einige Lebins-Briefe. Preis 10 J. Verlag von Metz, Schilde u. Co. in Stuttgart.

Briefkasten.

Dresden. Auf mehrfache an uns gerichtete Aufforderungen, Inhaltsverzeichnisse des Correspondenzblattes zu versenden, berweisen wir auf die Nr. 52 des Correspondenz-

blattes, der das Inhaltsverzeichnis für den Jahrgang 1908 eingehaftet ist.

100 R. Laut Statut entscheidet bei allen Wahlen die absolute Majorität, d. h. von den abgegebenen gültigen Stimmen muß über die Hälfte auf den Gewählten entfallen. Bei denjenigen Kandidaten, die nicht mindestens 1 Stimme über die Hälfte erhalten, entscheidet Stichwahl.

Sterbetafel.

Rüdenjcheid. Am 7. Januar schied unser treuer Kollege Rob. Schlabach infolge Arbeitslosigkeit und Krankheit freiwillig aus dem Leben.

Ehre seinem Andenken!

Der Nr. 3 lag in einer Auflage von 40 000 Exemplaren, welches nur in einem Teil vermerkt war, ein Prospekt der Firma Gebrüder Levy, Farben-, Lack- und Stützindustrie, Nürnberg 8, bei, den wir unsern Lesern zur gefl. Beachtung empfehlen.

In Posen ist das Vereins- und Verkehrslokal von der Halbdorferstraße nach Schweizerthal, Kroupinzenstr. 104, verlegt worden. Fortselbst wird die Heisenunterstützung ausbezahlt von 7-9 Uhr abends und Sonntags von 11 bis 1 Uhr mittags. Andere geschäftliche Angelegenheiten werden erledigt am Freitag abend und Sonntag vormittag in der angeführten Zeit.

Bekanntmachung.

Wir ersuchen die Filialverwaltungen, bei Einsegnung der Namen und Adressen der neugewählten Vorstandsmitglieder auch gleichzeitig benannten Kollegen zu bezeichnen, an den die Zeitungen gesandt werden sollen, weil sonst unliebsame Unregelmäßigkeiten in der Zustellung der Zeitung nicht zu vermeiden sind.

Die Expedition des Vereins-Anzeiger.

Vereinsteil.

Bekanntmachung.

Die bis heute gemeldeten Verwaltungswahlen werden, soweit nicht dagegen Protest eingelegt wurde, bestätigt.

Duplikate wurden ausgestellt für die Kollegen: Spieghofer, Karl, Buchn. 33982, bez. bis 45. Woche 08 (Cöln); Kreisinger, Seb., Buchn. 49085, bez. bis 48. Woche 08 (Speyer); Haus, Herm., Buchn. 16971, bez. bis 47. Woche 08 (Kiel); Galbach, Ludw., Buchn. 18512, bez. bis 43. Woche 08 (Hamburg); Eichler, Adolf, Buchn. 53755, bez. bis 49. Woche 08 (Frankfurt a. M.); Drescher, Joh., Buchn. 43018, bez. bis 42. Woche 08 (Stettin); Richter, Theob., Buchn. 58022, bez. bis 38. Woche 08 (Hamburg); Vogtmann, Joh., Buchn. 46215, bez. bis 48. Woche 08 (Berlin); Rinne, Karl, Buchn. 57099, bez. bis 47. Woche 08 (Berlin).

Der Vorstand.

Bericht der Hauptkassa vom 12. bis 18. Januar. Eingefandt wurden für den „Vereins-Anzeiger“: Dresden 28, Sagan 3., Wiesbaden 4. — M.

Material wurde verkauft:

B. = Beitragsmarken. C. = Eintrittsmarken. D. = Vereins-Anzeiger-Marken. Br. = Brochüren. D. = Duplikatmarken. F. = Futterale. K. = Kalender. M. = Marken-Mappen.

Berlin 100 R.; Verburg 10 R.; Braunshweig 10 R.; Bremen 400 R. a 60 J.; Breslau 10 R., 1 M.; Cottbus 6 R.; Dessau 8 R.; Eberswalde 10 R.; Frankfurt a. M. 20 R.; Heeburg 50 R.; Hannover 10 R.; Herford 30 R.; Kerne 3 R.; Hof 1 R.; Lindau 200 R. a 25 J.; Lübeck 1200 R. a 20 J.; Magdeburg 10 R.; München 20 R.; Münster 600 R. a 25 J.; Neugersdorf 8 R.; Nordhausen 2 R.; Nowawes 400 R. a 20 J., 10 R.; Osterstein 200 R. a 20 J.; Opehn 200 R. a 20 J.; Posen 1200 R. a 20 J., 20 R., 5 M.; Saalfeld 400 R. a 55 J.; Stettin 2000 R. a 25 J.; Würzburg 4 R.; Bittau 10 R.

S. Wenker, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbetafel

der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands

(Eingelebete Galtstafe Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassierers vom 10. bis 16. Januar 1909.

Ueberhülle von den örtlichen Verwaltungen wurden eingefandt von Traber-Eisenach 30 M.; Wilmeyer-Bielefeld 150 M.; Klime-Schweidnitz 88 M.; Stegen-Bümburg 200 M.; Vollborn-Tann a. Rhöngeb. 100 M.; Mühlmann-Torgau 42.84 M.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgefandt an Staab-Hamborn 150 M.; Klime-Baden-Baden 100 M.; Wirsching-Würzburg 100 M.; Teipelke-Stettin 100 M.; Rabst-Landau, Pfalz, 170 M.; Gerber-Münster i. W. 60 M.; Krapp-Damberg 100 M.; Hellmuth-Düffel-dorf 200 M.; Böhm-Frankfurt a. M. 250 M.; Stute-Friedrich 150 M.; Eichler-Wölflis 100 M.; Besser-Friedrichshagen 100 M.; Arnold-Palle a. E. 400 M.; Braumann-Harmen 200 M.; König-Heilbronn 100 M.; Schiller-Charlottenburg 600 M.; Doll-Wiesbaden 200 M.; Krebs-Kassel 100 M.; Lang-Mühlhausen i. E. 75 M.; Rudolph-Hamm i. W. 200 M.

Krankengelder erhielten: Buchn. 28 592 H. S. Baum in Nachen 12.60 M.; Buchn. 28 067 B. Wade in Breslau 12.60 M.; Buchn. 24 077 B. Wüller in Breslau 12.60 M.; Buchn. 28 045 H. Walosch in Breslau 12.60 M.; Buchn. 28 057 G. Mademacher in Breslau 12.60 M.; Buchn. 24 807 W. Breiter in Breslau 12.60 M.; Buchn. 34 977 F. Glakel in Reisholz 12.60 M.; Buchn. 32 281 E. Müller in Nachen 12.60 M.; Buchn. 28 503 F. Hoffschla in Nachen 12.60 M.; Buchn. 34 487 H. Profe in Pawodzie 12.60 M.; Buchn. 14 864 W. Wixdorf in Teupliz 21. — M.; Buchn. 12 624 S. Scharf in Hohenstadt 25.20 M.; Buchn. 34 033 E. Schmieleski in Posen 14.70 M.; Buchn. 24 697 D. Evert in Bant 12.60 M.; Buchn. 31 805 C. Riegler in Ludau 25.20 M.; Buchn. 24 914 W. Staudt in Herborn 21. — M.; Buchn. 28 874 W. Götter in Seelow 16.80 M.; Buchn. 26 222 W. Kalbe in Breslau 10.50 M.; Buchn. 27 639 D. Steinte in Pritz 18.90 M.; Buchn. 34 034 N. Rogalski in Posen 12.60 M.; Buchn. 19 741 W. Möbins in Wallestein 12.60 M.; Buchn. 24 864 H. Langer in Breslau 16.80 M.; Buchn. 344 S. S. Fieffen in Sipppringe 21. — M.; Buchn. 28 010 G. Arlt in Breslau 25.20 M.; Buchn. 28 068 W. Waagwich in Breslau 12.60 M.; Buchn. 28 063 W. Kluge in Breslau 12.60 M.; Buchn. 33 004 F. Löschner in Bünde 21. — M.

F. S. Wulle, Hamburg 22, Schmalenbeckerstr. 17.

Anzeigen.

Filiale Eberswalde.

Die Herberge befindet sich von nun an im Gewerkschafts-Logierhaus bei Kluth, Nagelstraße Nr. 6. (M. 1.80.) Die Filialverwaltung.

Albert Kuhn, Buch-Nummer 52791, und Zwickert Walter (M. 1.40)

ans Wald bei Solingen, Buch-Nummer 60470, werden gesucht, ihre Adresse an H. Veringer, Köln, Severinstraße 199, anzugeben.

Der Kollege Adolf Wehler, geb. in Osterburg, wird gebeten, seine Adresse sofort an Herrn August Klafsch in Wieleld, Breitestr. 15, gelangen zu lassen. (M. 1.—)

Zeichnen und -Malen u. weibl. u. männl. Modell. Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag u. 7 bis 9 Uhr abends M. 2. Sonntags von 9 bis 1 Uhr M. 1.—, ohne Korrektur. Wilhelm Schübe, Malerschule, Hamburg, Strohhaus 12.

Verlangen Sie gratis u. franko! die künstl. reichillustr. Prospekte der prachtvollen Schülerarbeiten vom kunstgewerblichen Institut für Maler H. Schmid-Cugweiler, Zürich. Porto u. d. Schweiz f. Briefe 20, Karte 10 J.

Malerkalender

für 1909

Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Binder und Weißbinder Deutschlands. - 8. Jahrgang. Der Preis beträgt nur für Mitglieder pro Exemplar 60 Pfennig. Bei Partiebezug von mindestens 10 Exemplaren wird den Filialverwaltungen das Stück zu 55 Pfennig verrechnet, jedoch 5 Pfennig für Polportagekosten verbleiben. Bei Bestellungen von weniger als 10 Exemplaren kommt der volle Betrag in Anrechnung. Jeder Einzelbestellung von Mitgliedern sind 10 Pfennig für Porto extra beizulegen. Bestellungen sind umgehend an den Vorstand zu richten.

Aufklärung!

Sie erleben eine grosse Enttäuschung, wenn Sie glauben, die Holz- oder Marmor-Malerei in einem Monat gründlich zu erlernen.

Hierzu benötigen Sie wenigstens 2-3 Monate! Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5. Grösste Spezial-Schule für Holz- und Marmor-Imitation.

Unterricht vom 15. Oktober bis 15. März. Prospekte gratis. Neuester Erfolg: Einer unserer Schüler erhielt nach 4 1/2 monatlichem Unterricht für seine Leistungen die Berechtigung zum einjährigen Dienst!

Rheinländische Berufskleidung

Ist anerkannt die beste. 1. Verkaufsstelle: Berlin N., Brunnenstraße 119. 2. " " Berlin N., Invalidenstrasse 2. Eigene Fabrik. - Verkauf zu Fabrikpreisen. - Versand nach ausserhalb.

Table with 2 columns: Item description and Price. Items include prima Messel, extra schwerer Messel, Dreil-Posen und Jacken, and Maler-Kittel. Prices range from 2.25 to 3.50 M.

Gold-Abfälle.

Kaufe zum höchsten Preis jeden großen und kleinen Posten Kehrgold, Goldwatte und Abkratzgold. Briefe oder Palettsendungen werden schnell erledigt. Um genaue Adressen wird geb. Max Haupt, Dresden, Blasewitzerstr. 64.

Maler - Mäntel,

beste Qualität mit schrägen Taschen und Umgelegtrogen. Nur eigenes Fabrikat.

Table with 4 columns: Size (110, 120, 130, 140 cm lang) and Price (jezt 2.75, 2.90, 3.10, 3.25 M.).

Dosen aus Kesselfloss 2.- M. Mützen 40 J. Drell-Dosen und Jacken a 2.80 M. Extra-Größen 3.- M. 1. Qualität 25 J. billiger. Wir bitten Oberweite und Schrittlänge anzugeben.

D. Wurzel & Co., Berlin, Brückenstraße 13, 1.

Epochemachende Erfindung!

Deutsches Reichspatent No. 191582. Swierzy-Malerei

Das Porträt der Zukunft! Farbige Gemälde direkt auf Malleinen nach jeder Photographie, z. B. 30/40 cm auf Keilrahmen Mk. 10.—. Absolute Aehnlichkeit garantiert. Täglich hervorragende Anerkennungen. Preisliste gratis und franko. Richard Swierzy, Ges. m. b. H. Berlin C., Wallstr. 89. Grosser Nebenverdienst!

50 bunte Malvorlagen Mk. 6.— Landschaften, Blumen, Tiera, Seestücke, Damen etc. Ph. Brühl, Gießen i. Westf.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 3 des Correspondenzblattes für die Bevollmächtigten unserer Filialen bei. Für die Redaktion verantwortlich M. Mart, Hamburg, Schmalenbeckerstraße 17. Verlag von S. Wenker, Hamburg 22. Druck von Friedrich Meyer, Hamburg 23.